

Sand im Getriebe

PDF-Version: <http://www.attac.de/bildungsangebot/sig> Online Fassung: <http://sandimgetriebe.attac.at> Mail: sig@attac.de

Sondernummer - April 2020

Leben in Zeiten des Corona-Virus

Diese Sondernummer fasst thematisch die Dokumente und Links zusammen, die auf der Sonderseite <https://www.attac.de/bildungsangebot/sig/detailansicht/news/leben-in-zeiten-des-corona-virus/> chronologisch (1. bis 25. April 2020) veröffentlicht wurden.

Europäisches Attac Netzwerk: "Eine bessere Zukunft nach Covid19 - 21 Vorschläge"	2
Gesundheitswesen	6
Weltgesundheitsorganisation: Erklärung von Alma-Ata (1978!)	
Links-Sammlung (u.a. von CETIM, Ver.di, Paul Robert Vogt, Coordination gegen BAYER-Gefahren e.V, AlterSummit, über die Impfstoffe-Forschung	8
Analysen, Aufrufe und und Dossiers	10
Links zu Chomsky / TNI / Oxfam	
A.Demirović, U. Duchrow, A. Fisahn, B. Mahnkopf, T. Sablowski, P. Wahl, Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats von Attac DE: Corona-Krise: Keine Rückkehr zur „Normalität“ des Kapitalismus!	11
AlterSummit / T. Sablowski	13
ATTAC-Quebec, Verwaltungsrat: Die große Umwälzung – Lasst uns die Zukunft vorbereiten	13
Verena Kreiling, Winfried Wolf und Christian Zeller:	15
Corona. Kapital. Krise - für eine solidarische und ökologische Alternative - Aufruf NIE WIEDER! 19 Vertreterinnen und Vertreter von Gewerkschaften, Verbänden und Umweltorganisationen in Frankreich rufen dazu auf, „den Tag danach“ vorzubereiten	16
Dossiers	20
Grundrechte und Covid19	20
International: WTO / Schuldenkrise	21
Corona weltweit	
Bäuerliche Landwirtschaft	22
Afrika / Lateinamerika / Gaza / Asien	23
USA / Europa (EU und BlackRock / Großbritannien / Österreich / Italien / Ungarn / Polen / Belgien /Roma)	24
Frankreich	25
Deutschland	27

Europäisches Attac Netzwerk

Eine bessere Zukunft nach Covid19

21 Vorschläge

Das Europäische Attac-Netzwerk (EAN) lädt alle Organisationen, Bewegungen und AktivistInnen ein, sich an unseren Debatten und Aktionen anlässlich der durch Covid-19 ausgelösten, vielfältigen Krise zu beteiligen:

- Wie können wir soziale Schäden und Angriffe auf demokratische Rechte verhindern?
- Wie können wir die vorherrschende Logik umkehren und den neoliberalen Kapitalismus, den Profit und das Bruttoinlandsprodukt nachhaltigen Lebensbedingungen für alle in einer lebensfähigen Umwelt unterwerfen?
- Wie können wir Perspektiven für ein anderes sozio-ökologisches System eröffnen, das den neoliberalen Kapitalismus ersetzt?

Unsere Sommeruniversitäten (soweit möglich im Jahr 2020) und die Europäische Sommeruniversität im August 2021 in Deutschland werden gute Gelegenheiten in diesem Prozess sein.

Covid-19 ist eine Viruserkrankung, die sich in China zu verbreiten begann. Inzwischen hat sie sich durch die Internationalisierung der Lieferketten und die intensiven Bevölkerungsbewegungen, die der globale Tourismus mit sich bringt, auf der ganzen Welt ausgebreitet. Keine Region bleibt davon unberührt. Die Reaktionen auf diese Gesundheitskrise waren aber von Land zu Land unterschiedlich. Einige nationale Regierungen haben schnell gehandelt, während andere zu lange schuldhaft abwarten oder auf die wirtschaftlichen Folgen Rücksicht nahmen. Auch die Maßnahmen unterscheiden sich von einem Land zum anderen.

Die Finanzkrise von 2008, die Verschärfung der globalen Klima- und Umweltkrise sowie die aktuelle Corona-Pandemie und ihre Folgen zeigen, dass sich solche Entwicklungen häufen. Ihre katastrophalen Auswirkungen sind eine Bedrohung für die ganze Menschheit. Diese Krisen machen immer deutlicher, dass das neoliberale Welt- und Wirtschaftssystem weder für die Gegenwart noch für die Zukunft geeignet ist.

Das Europäische Attac-Netzwerk fordert, dass die folgenden 21 Maßnahmen ergriffen werden, um mit Covid-19 und der von ihm ausgelösten wirtschaftlichen und politischen Krise umzugehen.

Kurz- und langfristige Forderungen sind:

Öffentliche Dienstleistungen, die der Reichtum derer sind, die nichts haben

1. Notfallplan für den Zugang zur Gesundheitsversorgung für alle

Ständige Haushaltskürzungen und eine profitorientierte Logik haben zu Einschnitten bei den öffentlichen Ausgaben geführt. Das führte dazu, dass die öffentlichen Krankenhäuser unterbesetzt und unterausgestattet waren. Sie waren daher nicht in der Lage, die Zahl der zusätzlichen mit dem Virus infizierten Patienten zu bewältigen. Investitionen in diesen öffentlichen Dienst sind eine Möglichkeit für unsere Gesellschaften, sich gegen das Risiko außerordentlicher Gesundheitskrisen abzusichern. Das mag in den kommenden Jahren nicht so außergewöhnlich sein.

Kurzfristige Wirtschaftlichkeitsprinzipien wie die Maximierung der Bettenbelegungsrate und die Just-in-time-Versorgung können für den Gesundheitssektor nicht gelten. Ein solcher neoliberaler Ansatz tötet bereits unter normalen Bedingungen, er tötet in dieser Situation noch mehr.

- Eine sehr große Zahl von Gesundheitspersonal und Pflegekräften muss eingestellt und ihre Löhne erhöht werden.
- Zehntausende von Betten in Krankenhäusern und Altenheimen müssen bereitgestellt werden, wobei der Schwerpunkt darauf liegen sollte, dass der öffentliche Sektor die öffentlichen und nicht die privaten Heime versorgt.
- Es sollten massiv medizinische Geräte gekauft werden.
- Ausrüstung, Tests und Medikamente müssen vor Ort hergestellt werden.
- Die riesigen privaten Konglomerate der pharmazeutischen Industrie müssen zerschlagen und Patente auf lebenswichtige Medikamente verboten werden.

2. Öffentliche Forschung von hoher Qualität für alle

Gesundheit und menschliches Leben müssen Vorrang vor Profit haben.

Öffentliche Forschung von hoher Qualität ist notwendig, wenn wir die nächste Gesundheitskrise bewältigen wollen:

- Die Logik in der Finanzierung der Forschung muss sich von der kurzfristigen (und kurzsichtigen) auf die langfristige verlagern.
- Die Forschung muss rechtzeitig finanziert werden, um künftige Gesundheitskrisen zu verhindern.

- Öffentliche Arbeitsplätze müssen an allen öffentlichen Universitäten und Forschungszentren geschaffen werden.
- Die für die Durchführung der Forschung unter geeigneten Bedingungen erforderlichen Mittel müssen bereitgestellt werden.

Sicherung und Ausweitung der Demokratie

3. Absolute Einhaltung des Arbeitsrechts

Ähnlich wie die italienische Regierung müssen auch die europäischen Regierungen die Vertreter der Gewerkschaften beteiligen, um kollektive und einvernehmliche Vereinbarungen darüber zu treffen, welche Industrien gestoppt werden sollten und welche weiterhin funktionieren sollten. Das soll sicher stellen, dass die Grundbedürfnisse der Bevölkerung erfüllt werden.

Bis zu einer solchen Einigung sollten die Arbeitnehmer das Recht haben, nicht zu arbeiten, wenn sie der Ansicht sind, dass nicht alle Maßnahmen zu ihrem Schutz vor Ansteckung ergriffen wurden. Jede Maßregelung muss verboten sein.

Darüber hinaus dürfen Notfallmaßnahmen keine Rückschritte in Bezug auf die sozialen und wirtschaftlichen Rechte, wie z.B. eine Verlängerung der gesetzlichen Arbeitszeit, beinhalten.

4. Absolute Achtung der Grundrechte

Die Gesundheitskrise darf in keiner Weise Maßnahmen rechtfertigen, die die Grundrechte und -freiheiten verletzen. Die Achtung der Privatsphäre muss gewährleistet sein, und die Regierungen müssen alle Entscheidungsprozesse transparent gestalten.

Alle Maßnahmen, die in einer Notsituation ergriffen werden, müssen verhältnismäßig, auf die Befriedigung von Grundbedürfnissen für alle ausgerichtet und zeitlich streng begrenzt sein.

Der Versuchung der elektronischen Überwachung muss widerstanden werden.

Eine wirksame Umsetzung des Ausgehverbotes darf niemals die Anwendung von Gewalt gegen die verletzlichsten Menschen (Obdachlose oder Migrantinnen) rechtfertigen.

5. Schutz und Ausweitung der demokratischen Rechte nach der Krise

Die derzeitigen Notfall-Einschränkungsmaßnahmen dürfen nicht zu einer Beschneidung der demokratischen Rechte führen.

Nach der Krise müssen die demokratischen Rechte auf den wirtschaftlichen Bereich ausgedehnt werden: Um

über klare Rechte demokratisch zu entscheiden, z. B wie wir leben und was wir produzieren wollen.

Es ist empörend, dass man Amazon erlaubt hat, seinen Betrieb wie gewohnt weiterzuführen, als kleine Unternehmen gewaltsam geschlossen wurden. Wir müssen die Straffreiheit der multinationalen Konzerne beenden, private Gerichte für die Beilegung von Streitigkeiten zwischen Investoren und Staaten abschaffen und so genannte Freihandelsabkommen aufheben.

Gleichheit und Schutz der Schwächsten

6. Garantierte Einnahmen für alle Arbeiter, Arbeitslosen, Kleinunternehmen und Künstler.

Die Covid-19-Krise wird unsere Volkswirtschaften hart treffen. Alle notwendigen Maßnahmen zur Verhinderung einer sozialen Krise müssen unverzüglich ergriffen werden. Entlassungen müssen bis auf weiteres verboten und ein Mindesteinkommen für alle garantiert werden. Die Regierungen sollten Unternehmen mit Cashflow-Problemen (d.h. Selbständige, kleine und mittlere Unternehmen) bei der Bewältigung von Arbeitszeitverkürzungen oder der vollständigen Einstellung ihrer Geschäftstätigkeit unterstützen. Die Hilfe für Privatunternehmen sollte jedoch strikt an die Bedingung geknüpft werden. Es sollte sich bei diesem Geld um Darlehen oder staatliche Unternehmensbeteiligungen handeln.

7. Sofortige Beschlagnahme aller leerstehenden Wohnungen.

Niemand sollte gezwungen werden, die Zwangsmaßnahmen in unhygienischen Wohnungen oder –schlimmer noch –auf der Straße zu befolgen.

- Die Beschlagnahme leerstehenden Wohnraums war schon immer eine Forderung unseres Netzwerks, sie ist dringender denn je.

- Gleichzeitig muss ein Moratorium für die Zahlung von Mieten für Mieter eingeführt werden, die ihre Mieten nicht bezahlen können.

8. Schutz von Personen, die häuslicher Gewalt ausgesetzt sind

Ausgehverbot, insbesondere wenn es in kleinen Unterkünften erlebt wird, bedeutet, dass eingesperrte Menschen in einem unerbittlichen Stresszustand leben. Dieser kann Depressionen hervorrufen und häusliche Gewalt, oft an Kindern und Frauen, verschlimmern. Hier muss so schnell wie möglich Abhilfe geschaffen werden. Sie zu schützen ist eine Angelegenheit von großer Dringlichkeit. Kinder und Frauen sterben bereits.

Die Kapazität der Unterkünfte und Betreuungszentren muss erhöht werden.

9. Hilfe für junge Menschen

Die von den Lehrern festgestellten Lernrückstände müssen sofort durch persönliche Unterstützung behoben werden: Diejenigen, die derzeit ohne Arbeit sind, wie z.B. Künstler, könnten engagiert und korrekt bezahlt werden. In den Zeiten der Ausgangssperre müssen Computerausstattung und andere notwendige Hilfsmittel zur Verfügung gestellt werden.

10. Aufenthaltsrecht für Migrantinnen und Migranten

Migrantinnen und Migranten, denen Grundrechte mit der Begründung verweigert werden, dass sie sich illegal in unseren Ländern aufhalten, sind nicht in der Lage, sanitäre Maßnahmen zu befolgen. Das ist inakzeptabel.

Die jüngste Entscheidung der portugiesischen Regierung zeigt, dass es möglich ist, in großem Umfang Aufenthalt zu gewähren. Alle Regierungen sollten ihrem Beispiel folgen und sicherstellen, dass jeder, unabhängig von seiner Nationalität, alle notwendigen Maßnahmen ergreifen kann, um sich vor dem Virus zu schützen. Alle Lager in Griechenland müssen sofort geschlossen werden. Ebenso wie es für Touristen geschehen ist, müssen Migranten in Städte in Europa gebracht werden, die sich verpflichtet haben, sie in Solidarität aufzunehmen.

Steuergerechtigkeit

11. Steuergerechtigkeit herstellen

Covid-19 hat deutlich gemacht, dass unsere Gesellschaften einen großen Bedarf an qualitativ hochwertigen öffentlichen Dienstleistungen haben. Diese haben ihren Preis. Deshalb müssen die Steuersysteme so umgestaltet werden, dass die Reichsten im Verhältnis zu ihrem Reichtum einen Beitrag leisten.

Die in den letzten Jahrzehnten eingeführten Steuersenkungen müssen aufgehoben werden, und die Besteuerung muss wieder wirklich progressiv gestaltet werden und sowohl Vermögen als auch Einkommen einbeziehen. Die Regierungen müssen gemeinsam wirksam auf die Beseitigung von Steueroasen hinwirken und den Wettlauf nach unten stoppen, der darin besteht, die Steuersätze für die reichsten und transnationalen Unternehmen zu senken.

12. Besteuerung von Gewinnen und Vermögen

Die notwendigen Maßnahmen zur Unterstützung von Unternehmen, die mit einer drastischen Rückgang oder sogar Einstellung ihrer Aktivitäten sowie mit der Rezession im Zusammenhang mit der Covid-19-Krise konfrontiert sind, werden die Steuereinnahmen belasten. Unterdessen erzielen einige Unternehmen aufgrund der Krise außergewöhnliche Gewinne (Amazon, Netflix...). Die Steuern auf deren Gewinne müssen eingeführt werden,

damit die Ausgaben der Regierungen nicht durch weitere Schuldenaufnahme auf den Finanzmärkten gedeckt werden. Solidarität ist von allen gefordert, sie sollte auch diese Unternehmen einschließen.

13. Verbot der Ausschüttung von Dividenden

Die Kosten der Krise müssen aus großen Privatvermögen und durch die Besteuerung von Spekulationskapital auf den Finanzmärkten bezahlt werden. Die Milliarden Euro an Dividenden, die die Unternehmen auf der Grundlage der 2019 erzielten Gewinne an ihre Aktionäre zahlen müssen, dürfen nicht ausgeschüttet werden. Stattdessen müssen diese Mittel zur Bewältigung der Krise eingesetzt werden.

Banken und Finanzmärkte in der EU und Europa

14. Kredite von Zentralbanken an Regierungen zu einem Null-Zinssatz

Zentralbanken und öffentliche Banken müssen den nationalen und lokalen Regierungen direkt Geld leihen, damit diese Notfallprogramme finanzieren können. Diese Kredite müssen zu Nullzinssätzen oder nahe Nullzinssätzen vergeben werden. Staatsschulden dürfen keine Gelegenheit für Spekulationen der Finanzmärkte sein, wie es nach der Krise von 2008 der Fall war. Es müssen Maßnahmen gegen Spekulationen mit öffentlichen Schulden ergriffen werden. Darüber hinaus muss der EU-Stabilitäts-, Koordinierungs- und Governance-Pakt ein für alle Mal aufgehoben werden.

15. Kontrolle der Kapitalströme

Die Covid-19-Krise darf von den Finanzmärkten nicht zur Spekulation genutzt werden. Es darf nicht zugelassen werden, dass sie ganze Volkswirtschaften destabilisieren, die durch die Krise bereits verwundbarer geworden sind. Spekulationsgeschäfte und Schattenbanken müssen verboten werden. Mehr denn je ist es jetzt an der Zeit, die von zehn europäischen Regierungen vereinbarte Steuer auf Finanztransaktionen und auch die Steuer auf Währungstransaktionen, die der Ausgangspunkt unserer Vereinbarung war, umzusetzen.

16. Zerschlagung und Vergesellschaftung der größten Banken

Einige Banken stellen ein systemisches Risiko für die Wirtschaft dar: Ihr Scheitern würde das Bankensystem international destabilisieren. Diese Banken, die "too big to fail" sind, müssen entflochten und sozialisiert werden. Trotz des Widerstands der europäischen Bankenlobby müssen Eigenhandel und kommerzielle Aktivitäten getrennt werden.

Internationale Solidarität

17. Eine koordinierte Reaktion auf europäischer Ebene

Die Solidarität zwischen den europäischen Ländern kann nur gewährleistet werden, wenn die Reaktion der Regierungen nicht von den Interessen der Unternehmen in den wirtschaftlich stärkeren Ländern bestimmt wird.

- Der EU-Haushalt muss aufgestockt und zur Unterstützung der am stärksten betroffenen Staaten verwendet werden.
- Geld, aber auch medizinische Geräte müssen zwischen Nachbarländern geteilt werden. Die Solidarität zwischen Krankenhäusern darf nicht durch nationaler Interessen eingeschränkt werden.
- Grundsätzlich muss das Fundament der Integration innerhalb der EU revidiert werden. Es muss auf sozialen Prämissen und nicht auf der Ideologie des freien Marktes, des Freihandels und des freien Wettbewerbs aufbauen.

18. Internationale Solidarität

Die humanitären, sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Pandemie werden für ärmere Länder besonders gravierend sein. Zur Unterstützung und zum Schutz der verwundbarsten Menschen der Welt sollte weltweit umfangreiche Unterstützung mobilisiert werden. Die Unterstützung für den globalen Süden sollte in Form von Direkthilfe und nicht in Form von Darlehen mit neoliberalen Auflagen erfolgen.

Die öffentliche Verschuldung sollte gestrichen werden, damit die Länder ihre Ressourcen auf die Bewältigung der Gesundheitskrise umlenken können.

ISDS und andere ungerechte Handelsmaßnahmen müssen gestoppt werden, und Patente für Impfstoffe und lebensrettende Medikamente müssen verboten werden.

Ökologische und soziale Transformation

19. Verlagerung der öffentlichen Subventionen von Umwelt verschmutzenden Industrien hin zur Unterstützung eines sozialen und ökologischen Wandels

Die finanzielle Unterstützung von Unternehmen der Fluggesellschaften, der fossilen Brennstoffe und der chemischen Industrie muss ausgesetzt oder an die Bedingung geknüpft werden, dass sie sich auf soziale und ökologische Produktionen umstellen.

Die Sozialisierung dieser Unternehmen sollte in Betracht gezogen werden, und in allen Fällen müssen die Arbeitnehmerrechte garantiert werden.

Massive Programme zur beruflichen Ausbildung oder Umschulung müssen beginnen.

Die Regierungen kommen jetzt zur Rettung. Die staatliche Intervention kann nicht zulassen, dass alles wieder zu den Bedingungen zurückkehrt, die das Schlimmste dieser Krise erst ermöglichten, besonders nach all den Entbehrungen der Bevölkerung.

20. Eine Geldpolitik, die der Realwirtschaft und dem Wandel dient

Die Europäische Zentralbank (EZB) muss die Regierungen direkt und nicht über Privatbanken finanzieren. Sie hat angekündigt, dass sie 750 Milliarden Euro an Vermögenswerten zur Unterstützung der Wirtschaft aufkaufen wird. Es darf nicht zugelassen werden, dass Banken und Finanzmärkte dieses Geld zur weiteren Finanzierung Umwelt verschmutzender und schädlicher Industrien oder zur Schaffung von Spekulationsblasen verwenden. So wie die Regierungen "Hilfe" an ökologische und soziale Transformationsziele knüpfen, müssen auch die Zentralbanken als Gegenleistung für ihre Unterstützung Bedingungen stellen.

21. Verlagerung der Produktion auf solidarischer Basis

Die Covid-19-Pandemie hat einen nicht hinnehmbaren Mangel an Autonomie bei strategischen Produktionen wie Medizin oder Nahrung offenbart. Die extreme Internationalisierung der Lieferketten hat unsere Gesellschaften in Situationen wie der gegenwärtigen Krise verwundbarer gemacht.

- Die Rück-Verlagerung wichtiger Produktionen erfordert, dass wir die derzeitigen Freihandelsbestimmungen der EU abschaffen.
- Wir müssen die lokale und kleinbäuerliche Landwirtschaft mit begrenztem Einsatz chemischer Pestizide und Düngemittel fördern, im Gegensatz zu den derzeitigen agroindustriellen Praktiken, die nicht nur die Böden und die biologische Vielfalt vernichten, sondern auch die Umweltverschmutzung erhöhen und damit die Verbreitung von Krankheiten begünstigen.
- Die Menschen müssen entscheiden, wie sie leben und was sie produzieren wollen, in einem fairen ökologischen Austausch, der die Interessen aller Menschen respektiert.

Dies würde auch die Logik des Wettbewerbs zwischen den Ländern umkehren, die auf der Senkung der Arbeitskosten beruht, und ökologische Ziele wie die Verringerung der Treibhausgasemissionen fördern.

Insgesamt brauchen wir eine Strategie zur sozial-ökologischen Transformation für Europa.

Europäisches Attac Netzwerk, 14.4.2020

Weltgesundheitsorganisation Erklärung von Alma-Ata (1978!)

Die Internationale Konferenz über primäre Gesundheitsversorgung, die am zwölften Tag des Monats September 1978 in Alma-Ata stattfand, gibt angesichts des dringenden Handlungsbedarfs für alle Regierungen und alle im Gesundheitswesen und in der Entwicklungshilfe Tätigen sowie die Weltgemeinschaft insgesamt zum Schutz und zur Förderung der Gesundheit aller Menschen auf der Welt die folgende Erklärung ab:

I Die Konferenz bekräftigt mit Nachdruck, dass Gesundheit, die der Zustand völligen körperlichen, seelischen und sozialen Wohlbefindens und nicht nur das Freisein von Krankheit oder Gebrechen ist, ein grundlegendes Menschenrecht darstellt und dass das Erreichen eines möglichst guten Gesundheitszustands ein äußerst wichtiges weltweites soziales Ziel ist, dessen Verwirklichung Anstrengungen nicht nur der Gesundheitspolitik, sondern auch vieler anderer sozialer und ökonomischer Bereiche erfordert.

II Die schwerwiegenden Ungleichheiten in Bezug auf den Gesundheitszustand der Menschen, wie sie insbesondere zwischen entwickelten Ländern und Entwicklungsländern, aber auch innerhalb von Ländern bestehen, sind aus politischer, sozialer und ökonomischer Sicht nicht hinnehmbar und deshalb ein gemeinsames Anliegen für alle Länder.

III Eine wirtschaftliche und soziale Entwicklung auf der Grundlage einer neuen Weltwirtschaftsordnung ist von grundlegender Bedeutung für die möglichst weitgehende Verwirklichung von Gesundheit für alle und für die Verringerung der Kluft zwischen entwickelten Ländern und Entwicklungsländern in Bezug auf den Gesundheitszustand der Bevölkerung. Die Förderung und der Schutz der Gesundheit der Menschen sind eine wesentliche Voraussetzung für eine anhaltende wirtschaftliche und soziale Entwicklung und ein Beitrag zur Verbesserung der Lebensqualität und zum Frieden in der Welt.

IV Die Menschen haben das Recht und die Verpflichtung, sich individuell und kollektiv an der Planung und Umsetzung ihrer Gesundheitsversorgung zu beteiligen.

V Die Regierungen sind für die Gesundheit ihrer Bevölkerung verantwortlich; dieser Verpflichtung können sie nur durch geeignete Maßnahmen auf dem Gebiet des Gesundheits- und Sozialwesens nachkommen. Ein

zentrales soziales Ziel für Regierungen, internationale Organisationen und die Weltgemeinschaft insgesamt sollte in den kommenden Jahrzehnten darin bestehen, allen Völkern der Welt bis zum Jahr 2000 ein Gesundheitsniveau zu ermöglichen, das ihnen erlaubt, ein gesellschaftlich aktives und wirtschaftlich produktives Leben zu führen. Die primäre Gesundheitsversorgung ist der Schlüssel zur Verwirklichung dieses Ziels im Rahmen einer Entwicklung im Sinne sozialer Gerechtigkeit.

VI Unter primärer Gesundheitsversorgung ist eine grundlegende Gesundheitsversorgung zu verstehen, die auf praktischen, wissenschaftlich fundierten und sozial akzeptablen Methoden und Technologien basiert und die für Einzelpersonen und Familien in der Gesellschaft durch deren vollständige Beteiligung im Geiste von Eigenverantwortung und Selbstbestimmung zu für die Gesellschaft und das Land in jeder Phase ihrer Entwicklung bezahlbaren Kosten flächendeckend bereitgestellt wird. Sie bildet einen integralen Bestandteil sowohl im Gesundheitssystem eines Landes, dessen zentrale Aufgabe und hauptsächlichen Schwerpunkt sie darstellt, als auch in der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung der Bevölkerung insgesamt. Sie ist die erste Ebene, auf der Einzelpersonen, Familien und die Gemeinschaft in Kontakt mit dem nationalen Gesundheitssystem treten, so dass die Gesundheitsversorgung so nahe wie möglich an Wohnort und Arbeitsplatz der Menschen gerückt wird, und stellt das erste Element eines kontinuierlichen Prozesses der Gesundheitsversorgung dar.

VII Die primäre Gesundheitsversorgung:

1. spiegelt die ökonomischen Rahmenbedingungen und die soziokulturellen und politischen Merkmale eines Landes und der darin lebenden Gemeinschaften wider und entwickelt sich in Abhängigkeit von diesen und ist auf der Anwendung der wesentlichen Ergebnisse der sozialen und biomedizinischen Forschung, der Gesundheitswesensforschung und der Erfahrungen im Bereich öffentliche Gesundheit begründet;
2. befasst sich mit den wichtigsten gesundheitlichen Problemen in der Gesellschaft und stellt die erforderlichen Gesundheitsförderungs-, Präventions-, Heil- und Rehabilitationsangebote bereit;
3. beinhaltet mindestens folgende Elemente: Aufklärung in Bezug auf vorherrschende Gesundheitsprobleme und die Methoden zu ihrer Verhütung und Be-

kämpfung; Förderung der Nahrungsmittelversorgung und einer angemessenen Ernährung; eine ausreichende Versorgung mit sauberem Wasser und sanitären Anlagen; Gesundheitsschutz für Mütter und Kinder, einschließlich Familienplanung; Impfung gegen die schwersten Infektionskrankheiten; Prävention und Bekämpfung endemischer Krankheiten; angemessene Behandlung der häufigsten Krankheiten und Verletzungen; und Versorgung mit unentbehrlichen Arzneimitteln;

4. bezieht neben dem Gesundheitsbereich auch alle damit verbundenen Bereiche der Entwicklung von Ländern und Bevölkerungen ein, insbesondere Landwirtschaft, Viehzucht, Ernährung, Industrie, Bildung, Wohnungsbau, öffentliche Arbeiten, Kommunikation, und setzt sich für aufeinander abgestimmte Anstrengungen in all diesen Bereichen ein;

5. erfordert und fördert bei Individuum und Gesellschaft ein Höchstmaß an Eigenverantwortung und Beteiligung an Planung, Organisation, Betrieb und Überwachung der primären Gesundheitsversorgung unter größtmöglicher Nutzung der auf lokaler und nationaler Ebene oder anderweitig vorhandenen Mittel und entwickelt zu diesem Zweck durch angemessene Aufklärung der Bevölkerung deren Fähigkeit zu einer aktiven Beteiligung;

6. sollte durch integrierte, funktionsfähige und einander unterstützende Überweisungssysteme aufrechterhalten werden, die eine allmähliche Verbesserung der umfassenden Gesundheitsversorgung für alle ermöglichen und den am meisten Bedürftigen Vorrang einräumen;

7. ist auf der lokalen Ebene und bei Überweisungen auf Gesundheitsfachkräfte wie Ärzte, Pflegekräfte, Hebammen, Hilfskräfte und Sozialarbeiter, gegebenenfalls aber auch auf die Hilfe traditioneller Mediziner angewiesen, die allesamt sozial wie fachlich angemessen für die Arbeit als Gesundheitsteam und für eine Antwort auf die erklärten gesundheitlichen Bedürfnisse der Bevölkerung geschult sein müssen.

VIII Alle Regierungen sollten nationale Konzepte, Strategien und Aktionspläne ausarbeiten, durch die die primäre Gesundheitsversorgung in Abstimmung mit anderen Politikbereichen als Bestandteil eines umfassenden nationalen Gesundheitssystems eingeführt bzw. erhalten wird. Zu diesem Zweck muss der nötige politische Wille aufgebracht werden, um die Ressourcen eines Landes zu mobilisieren und einen vernünftigen Umgang mit vorhandenen externen Ressourcen zu gewährleisten.

IX Alle Länder sollten im Geiste von Partnerschaft und gegenseitigem Nutzen zusammenarbeiten, um al-

len Menschen eine primäre Gesundheitsversorgung zu ermöglichen, da die Gesundheit von Menschen in einem Land jedes andere Land unmittelbar betrifft und ihm zugute kommt. Vor diesem Hintergrund bildet der gemeinsame Bericht von WHO und UNICEF über die primäre Gesundheitsversorgung eine solide Grundlage für die weitere Entwicklung und Erbringung der primären Gesundheitsversorgung in der ganzen Welt.

X Ein annehmbares Gesundheitsniveau für alle Menschen auf der Welt bis zum Jahr 2000 lässt sich durch eine umfassendere und wirksamere Nutzung der weltweiten Ressourcen verwirklichen, von denen heute noch ein erheblicher Teil für Rüstungsgüter und militärische Konflikte ausgegeben wird. Bei einer Politik, mit der Unabhängigkeit, Frieden, Entspannung und Abrüstung wirksam gefördert werden sollen, könnten und sollten zusätzliche Mittel freigemacht werden, die friedlichen Zielen und namentlich der Beschleunigung sozialer und ökonomischer Entwicklung dienen können, wobei die primäre Gesundheitsversorgung als wesentlicher Bestandteil den ihr gebührenden Stellenwert einnehmen sollte.

*** Die Internationale Konferenz über primäre Gesundheitsversorgung ruft dringend zu wirksamen nationalen und internationalen Maßnahmen zur Entwicklung und Verwirklichung der primären Gesundheitsversorgung auf der ganzen Welt und insbesondere in den Entwicklungsländern im Geiste fachlicher Zusammenarbeit und nach Maßgabe einer neuen Weltwirtschaftsordnung auf. Sie appelliert dringend an die Regierungen, die WHO und das UNICEF sowie an andere internationale Organisationen, multilaterale und bilaterale Organisationen, Finanzierungseinrichtungen, alle Beschäftigten im Gesundheitsbereich und die gesamte Weltgemeinschaft, das nationale und internationale Engagement für die primäre Gesundheitsversorgung zu unterstützen und die fachliche wie finanzielle Unterstützung für diese zu erhöhen, insbesondere in den Entwicklungsländern. Die Konferenz ruft sämtliche der genannten Akteure zur Zusammenarbeit bei der Einführung, Weiterentwicklung und Aufrechterhaltung der primären Gesundheitsversorgung im Einklang mit Geist und Inhalt dieser Erklärung.

http://www.euro.who.int/_data/assets/pdf_file/0017/132218/e93944G.pdf?ua=1

20 Jahre später wurde die Jakarta Erklärung zur Gesundheitsförderung für das 21. Jahrhundert verabschiedet

<https://www.sgw.hs-magdeburg.de/ggf/jakarta.html> und *35 Jahre später die Erklärung von Almaty*

http://www.euro.who.int/_data/assets/pdf_file/0017/255500/64wd10g_Almaty_140450.pdf?ua=1

Vielleicht findet sich jemand um die drei Erklärungen zu vergleichen.

CETIM: Controlling epidemics? WHO had the answer 40 years ago

For once, everyone agrees. The only way to deal effectively with Covid 19 is through comprehensive, equitable, universally accessible health systems. This was precisely the solution proposed to countries by the World Health Organization (WHO) at the International Conference on Primary Health Care held in 1978 in Alma Ata, in the former Soviet Union.

If WHO's magnificent social justice project had been supported, all countries today would be adequately equipped to deal with the current health crisis – and all common health problems. But Primary Health Care was not supported. On the contrary, within a couple of years, its social and economic justice foundations were more or less destroyed and the project was progressively dismantled over the next decade.

WHO's powerful member states, their transnational companies and the international financial institutions, are largely responsible for preventing the establishment and maintenance of functioning, equitable health systems in poor countries and for weakening and dismantling health services in rich countries. They will have a lot to answer for in the coming months.

Primary Health Care is still the solution but WHO's various attempts at revival have met with fierce resistance from private interests. Never has it been more important for citizens to support and reappropriate the social justice constitutional mandate of the WHO which – for better or for worse – is still the people's international health authority. **Mehr: [Text](#)**

Corona-Virus: Erklärungen und Antworten weltweit: [People's Health Movement](#)

Gesundheit ist keine Ware – [Linkssammlung, 6.4.](#) (Spahn streicht Pflegepersonaluntergrenzen - Fallpauschale abschaffen! - Menschen vor Profit:Petition - u.a.m.)

[GASTKOMMENTAR](#) von Prof. Dr. med. Dr. h.c. Paul Robert Vogt

COVID-19 - eine Zwischenbilanz oder eine Analyse der Moral, der medizinischen Fakten, sowie der aktuellen und zukünftigen politischen Entscheidungen - Überlegungen eines besorgten Schweizer Bürgers

"Die Behauptungen, eine «Influenza» sei genau gleich gefährlich und koste jedes Jahr gleich viele Opfer ist falsch." (...) Gewisse Medien-Artikel und Leser-Kommentare («Es sterben nur alte und kranke Patienten») haben den üblen Geruch der Eugenik und es kommen Erinnerungen an bekannte Zeiten auf.(...) Diese Pandemie war angekündigt. (...) Wie hat man nach Asien geschaut? Die Antwort ist klar: arrogant, ignorant und besserwisserisch."

Broschüre des Bündnisses "[Krankenhaus statt Fabrik](#)"

De-Maskierung Spahns – China: Masken für alle - von Fred Schmid, [ISW](#)

[Offener Brief](#) der Sprecherin der chinesischen Botschaft in Deutschland an die BILD-Chefredaktion bezüglich der Berichterstattung vom 15. April 2020

Mehrere Beiträge auf der Seite von Attac DE <https://www.attac.de/kampagnen/corona-was-wirklich-wichtig-ist/>

VERDI

Berlin: Klinikbeschäftigte verschaffen sich Gehör - 20 Berliner Landtagsabgeordnete hören sich bei einer Videokonferenz die Forderungen von Gesundheitsbeschäftigten an. ver.di schlägt »Berliner Corona Krankenhauspakt« vor. [Verdi](#)

Profiteure der Krise: Unseriöse Anbieter von Schutzausrüstung wollen sich mit überhöhten Preisen auf Kosten der Allgemeinheit bereichern. ver.di fordert, dass solches Material beschlagnahmt wird. - [Verdi](#)

<https://www.verdi.de/themen/gesundheit>

Coordination gegen BAYER-Gefahren e.V: - [Statement](#) zur Coronakrise

- Angesichts der Pandemie muss auch über die **profitorientierte Pharmaindustrie** geredet werden. Ein Gespräch mit Marius Stelzmann(<http://www.cbgnetwork.org/1.html>) "*Eine breite Versorgung mit Medikamenten existiert nicht mehr. Weil Bayer meist da produziert, wo die Löhne am billigsten sind, mit langen Lieferketten um die ganze Welt, sind viele in den Apotheken nicht mehr zu erhalten. Auch weil große Pharmakonzerne vorrangig auf Leuchtturmprojekte setzen, sind wir jetzt auf die Epidemie nicht vorbereitet.*" [JW](#)

Pflege am Limit - 10-teilige Serie , [Jungewelt](#)

Impfstoffe gegen den Corona-Virus?

- **Global Justice Now (= Attac in Großbritannien): [Gated Development](#) - is the Gates Foundation always a force for good? - 2016 Bill and Melinda Gates Foundation is far from a neutral charitable strategy but instead an ideological commitment to promote neoliberal economic policies and corporate globalisation. Big business is directly benefitting, in particular in the fields of agriculture and health, as a result of the foundation's activities, despite evidence to show that business solutions are not the most effective. Despite its aggressive corporate strategy and extraordinary influence across governments, academics and the media, there is an absence of critical voices.**

- **NO TO CLINICAL TESTS OF THE COVID-19 VACCINE ON THE CONGOLESE PEOPLE AS FIRST MONDIAL VICTIM - [Laboursolidarity](#)**

- **Pharmaceutical colonialism in Africa** - Jean-Philippe Chippaux, [Monde Diplomatique](#) 2005 (*keine deutsche Übersetzung*)

- R. Rupp: **Bill Gates: "Rücksichtslos und unmoralisch"** – [Die Machenschaften der Gates-Stiftung](#)

Europäischer Aktionstag am 7.4.2020

In ein Gesundheitssystem für alle investieren: "Solidarität verbreiten, nicht das Virus"

kurze [Übersicht](#) der Aktion und gemeinsame Erklärung

- [Altersummit.eu](#) - **Am 7. April** organisieren wir zum fünften Mal in Folge dezentrale Aktionen in ganz Europa anlässlich des Europäischen Aktionstags gegen die Kommerzialisierung von Gesundheit und des weltweiten Tags der Gesundheit .

Wir haben beschlossen, alle physischen Zusammenkünfte und Aktionen abzusagen. Wir rufen alle auf, unseren Aufruf mit einer "*Weißes-Tuch*"-Aktion am 7. April zu unterstützen: 1. Schreibt eure Botschaft auf ein weißes Tuch und hängt es an einer sichtbaren Stelle auf. 2. Fotografiert es. 3. Teilt eure Bilder in sozialen Medien mit dem Hashtag #health4all

Gewerkschaften in Europa arbeiten zusammen und fordern koordinierte Strategie sowie Abkehr von der Kommerzialisierung im Gesundheitswesen. Dezentrale Aktionen am 7. April. - [verdi](#)

Analysen, Aufrufe und Dossiers

Noam Chomsky: Corona-Krise:

VIDEO: (33 Min) *"Wir haben unser Schicksal den Pharma-Konzernen überlassen, die von der Öffentlichkeit nicht zur Verantwortung gezogen werden können."*

Das ist ein kleiner Bruchteil der großen Krise, die auf uns zukommt.

2 zentrale Bedrohungen: Atomkrieg und Klimaerwärmung. (und: der Zerfall der Demokratie verhindert deren Lösung)

"Tiefe Mängel des gesamten sozial-ökonomischen Systems, das radikal verändert werden muss, wenn es eine Zukunft zum Überleben geben soll."

"Es wird Optionen geben. Die Optionen reichen von der Errichtung hochgradig autoritärer brutaler Staaten bis zu einer radikalen Umstrukturierung der Gesellschaft hin zu humaneren Bedingungen und einem Fokus auf menschliche Bedürfnisse statt privater Profite. Und wir sollten uns vor Augen halten, dass auch autoritäre bössartige Staaten durchaus mit dem Neoliberalismus vereinbar sind."

"Es besteht aber die Möglichkeit, dass die Menschen sich organisieren, sich engagieren, wie es viele bereits tun und eine viel bessere Welt herbeiführen, die sich auch den enormen Problemen stellt."

"Deutschland hilft Griechenland nicht, aber Kuba hilft den europäischen Ländern."

Transnational Institute :

Wir brauchen eine progressive, internationalistische Antwort auf die Pandemie

- [Englisch](#) - [Deutsch](#)

Diese Krise ereilt eine Welt, die bereits in der Krise ist. Und wenn wir nicht eine gerechte Antwort auf sie fordern und für diese mobilisieren, dann wird sie eine drastische Wirkung auf die Schwächsten in unserer Gesellschaft, insbesondere die Menschen im Globalen Süden, haben. Die Corona-Pandemie gleicht einem Weckruf: das bestehende kapitalistische Wirtschaftssystem ist nicht geeignet, unsere Gesundheit als Einzelne oder auch als ganze Gesellschaften zu schützen. Wir müssen den Umgang mit COVID-19 lernen und zugleich lernen, die multiple Krise anzugehen, die damit eng verwoben ist – von der wachsenden Ungleichheit bis zur Klimakrise – um jene gerechte und nachhaltige Gesellschaft aufzubauen, nach der wir uns alle sehnen.

- Unmittelbare Prioritäten: schützt jene, die durch die globale Wirtschaftsordnung verletzt wurden (...)

- Die Krise offenbart das Versagen und die Ungerechtigkeiten des globalen kapitalistischen Systems (...)

- Wachsamkeit gegenüber den reaktionären Kräften, die versuchen werden, aus der Krise Kapital zu schlagen (...)

- Unsere Antwort auf die Krise zeigt bereits, dass es eine Alternative der Menschen zu Neoliberalismus und globaler Ungerechtigkeit gibt (...)

COVID-19 zeigt auch, wie lebendig der menschliche Sinn für Solidarität und Mitgefühl ist – trotz Dekaden des Neoliberalismus. Weltweit haben Millionen von Menschen Gruppen zur gegenseitigen Hilfe gegründet und Wege zur Unterstützung ihrer Nachbar*innen gefunden. All das zeigt, dass eine andere Welt wirklich möglich ist. Lasst uns diesen Moment und seine Erfahrung von Solidarität zu etwas Bleibendem machen – indem wir Systeme, Strukturen und Politiken entwickeln, die den beständigen Schutz aller Marginalisierten sichern und es allen ermöglichen, in Würde zu leben.

Solidarität ist das Heilmittel. Gerechtigkeit ist der Impfstoff.

Oxfam - Gerechte Wege aus der Corona-Krise

Die Corona-Pandemie könnte weltweit rund 500 Millionen Menschen in Armut stürzen. Politik und Wirtschaft müssen handeln.

*Die Pandemie droht, Armut und soziale Ungleichheit weiter zu verschärfen: Weltweit arbeiten zwei Milliarden Menschen im informellen Sektor ohne soziale Absicherung, die Mehrheit davon in armen Ländern. Nur jede*r fünfte Arbeitslose hat Zugang zu Arbeitslosenhilfe. Die Vereinten Nationen (UN) schätzen, dass in Afrika fast die Hälfte aller Arbeitsplätze verloren gehen könnte. Frauen sind besonders betroffen, denn sie sind häufiger prekär beschäftigt und schlechter bezahlt als Männer.*

**Alex Demirović, Ulrich Duchrow, Andreas Fisahn, Birgit Mahnkopf,
Thomas Sablowski, Peter Wahl,**

Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats von Attac Deutschland

Corona-Krise: Keine Rückkehr zur „Normalität“ des Kapitalismus!

Die Corona-Epidemie ist nicht nur eine humanitäre Katastrophe, sondern die größte Erschütterung des Kapitalismus seit der Weltwirtschaftskrise 1929 und deren Folgen. Während im globalen Süden die Menschen schon lange mit Chaos, Kontrollverlust und Ausnahmezustand konfrontiert sind, trifft es nun auch die reichen Länder. Begleitete der Westen den Ausbruch der Seuche in China noch mit dünkelfhafter Süffisanz und Ignoranz, so konfrontiert sie ihn jetzt selbst mit ungekannter Verwundbarkeit, ja Ohnmacht.

Bereits vor Corona hatte ein ganzes Krisenbündel die Welt im Griff: Klima- und Umweltkatastrophe, Militarisierung und wachsende Kriegsgefahr, Aufstieg rechter Kräfte, die Spaltung in arm und reich, und all die anderen Verwüstungen der neoliberalen Globalisierung, besonders deutlich sichtbar an den Folgen von Austerität und Privatisierung der Daseinsfürsorge, vorneweg im Gesundheitswesen.

Wie bankrott der neoliberale Kapitalismus ist, zeigt sich daran, dass im Krisenmanagement reihenweise die Dogmen fallen. Die *Schwarze Null* ist tot. Geld spielt keine Rolle, jetzt wird für Rettungspakete eine Billion nach der anderen locker gemacht. Die Zentralbanken haben die Schleusen unbegrenzt geöffnet. Was gestern noch Teufelszeug war, wie Verstaatlichungen, oder die Rückverlagerung von Wirtschaftszweigen in nationale Souveränität, wird zur Notwendigkeit, die selbstverständliche Akzeptanz findet.

Das eröffnet Chancen, nicht nur in Kategorien kurzfristigen Krisenmanagements zu denken, sondern die großen gesellschaftlichen Probleme, die Zukunftsfragen und die großen Alternativen zu thematisieren.

Das ganze Ausmaß des Desasters ist noch nicht absehbar. Aber Schlimmes steht wahrscheinlich noch bevor. In Indien, Brasilien und in afrikanischen Ländern könnte die Seuche apokalyptische Ausmaße annehmen. Sie kommt nun auf die bereits bestehenden Krisenzusammenhänge oben drauf und verschärft sie noch einmal um Größenordnungen. Die Märkte reagieren irrational: für die Reproduktion notwendige Betriebe werden zerstört, an den Börsen können gleichzeitig die Aktienwerte steigen. Sie absorbiert die Problemlösungsfähigkeit der Politik auf allen Ebenen, von der Kommune bis zur UNO, und bindet Ressourcen und kostbare Zeit, die an anderer Stelle fehlen.

Die gesellschaftliche Linke, darunter Attac, steht vor der Aufgabe, sowohl für das Krisenmanagement kurzfristige Eingriffsmöglichkeiten zu finden, als auch zukunftsfähige Perspektiven für die Zeit nach der Seuche zu entwickeln. Für die Herrschenden gilt schon jetzt die Devise: *die Dinge müssen sich ändern, damit es beim Alten bleibt*. Stattdessen muss emanzipatorische Politik dafür kämpfen, dass es keine Rückkehr mehr zur neoliberalen „Normalität“ des status quo ante gibt.

Ungleiche Verteilung der Krisenlasten

In der Klassengesellschaft sind die Lasten von Krisen höchst ungleich verteilt. Bereits jetzt wird deutlich, dass es zu schweren sozialen Verwerfungen kommen wird. Die Lohnabhängigen, und darunter besonders verwundbare Gruppen, wie prekär Beschäftigte, Arme, Wohnungslose, Flüchtlinge sind besonders hart getroffen. Die Arbeitslosigkeit schnellst hoch. Die ökonomische Existenz unzähliger kleiner und mittlerer Unternehmen und (Schein-)Selbständiger steht auf dem Spiel. Gewerkschaften, Sozialverbände, Linkspartei und die SPD haben hier bereits viele richtige Forderungen für die Abfederung der sozialen Krisenfolgen formuliert, ebenso wie verschiedene Gliederungen von Attac.¹

Komplizierter ist es mit makro-ökonomischen und finanzpolitischen Maßnahmen, die z.T. auch in der Linken kontrovers sind, wie Euro-Bonds. Hier wäre es sinnvoll, Kriterien zu formulieren, mit denen solche Maßnahmen danach beurteilt werden, ob sie nur (finanz)marktkonform und/oder an konventionellem Wachstum orientiert und damit systemstabilisierend sind, oder ob sie über transformatives Potential verfügen, also über die Dynamik der (Finanz)märkte und des grenzenlosen Wachstums hinausweisen.

1 S. u.a.: <https://www.attac.de/was-ist-attac/strukturen/gremien/kokreis/stellungnahmen/corona-2-april-2020/>
<https://www.attac.de/kampagnen/gemeingut-wohnen/wohnen-und-corona/>
<https://www.attac.at/kampagnen/die-corona-krise-solidarisch-bewaeltigen>

Marshallplan für den globalen Süden

Ungleich verteilt sind auch die Krisenfolgen zwischen armen und reichen Ländern. Internationalismus in Zeiten der Pandemie bedeutet, Ressourcen nicht im nationalen Rahmen (oder der EU) zu hamstern. Was dem einen sein Klopapier, ist vielen Regierungen und der EU-Kommission inzwischen das Beatmungsgerät. Der globale Charakter der Seuche erfordert auch globale Antworten. Ein Einstieg dazu wäre ein internationales Krisenzentrum bei der UNO mit Zugang zu Finanzierung *whatever it takes*, garantiert durch FED, EZB und die anderen Zentralbanken der Industrieländer, eine Schuldenstreichung für die hochverschuldeten armen Länder, sowie eine Art Marshallplan für den globalen Süden.

Die Karten zwischen den Wirtschaftssektoren werden neu gemischt

Die Karten werden auch innerhalb der einzelnen Sektoren des Kapitalismus neu gemischt. Zu den großen Gewinnern gehören schon jetzt die Pharmaindustrie, die Hersteller von Medizintechnik und natürlich die digitale Industrie und Big Data. Gestärkt werden also jene Branchen, die ohnehin schon hochkonzentriert sind und die Avantgarde des Kapitalismus bilden. Angesichts dessen muss die Krise jetzt Anlass sein, zumindest Teile der Pharmaindustrie der gesellschaftlichen Regie zu unterstellen, sowie die Macht der Digitalkonzerne durch eine moderne Anti-Kartellpolitik einzuschränken. Da gegenwärtig auch zahlreiche Grundrechte unter Quarantäne stehen, reicht es nicht, diese nach Ende des Ausnahmezustands wieder in Kraft zu setzen. Angesichts der zunehmenden Akzeptanz von Apps zum Corona Tracking u.ä. bedarf es verschärfter Regulierung sowohl des staatlichen wie des privaten Datenwesens. Geboten ist auch die nachträgliche Überprüfung rechtswidriger Polizeipraktiken.

Auf den Finanzmärkten profitieren gegenwärtig vor allem jene institutionellen Investoren, deren Geschäftsmodell von Instabilität und Unsicherheit, von Leerverkäufen und komplexen Derivaten lebt. Insgesamt jedoch ist der Finanzsektor hoch gefährdet. Wenn infolge der Krise der Realwirtschaft die Kreditketten zu reißen beginnen, droht ein Crash. Vermutlich wird es dann wieder zur Bankenrettung kommen, aber danach bekommt die Forderung nach Schließung des Casinos neue Dringlichkeit.

Andere Sektoren, darunter Tourismus, Luftfahrt, Autoindustrie werden zumindest kurzfristig zu den Verlierern gehören. Umso wichtiger ist es, dass die Krise zum Anlass wird, im Interesse des sozial-ökologischen Umbaus eine Konversion dieser Branchen in Gang zu setzen – sozialverträglich versteht sich.

Der Virus als Katalysator für eine neue Weltordnung

Unter geopolitischen Gesichtspunkten wird die Krise die Position der USA und die EU und damit die nordatlantische Achse weiter schwächen. China wird gestärkt daraus hervorgehen. Während die Herrschenden weiter auf Positionskämpfe, Rivalität, „*Erlernen der Sprache der Macht*“ und militärische Stärke setzen, müssen wir uns stark machen für eine internationale Ordnung, die von Kooperation, Entspannung und Multilateralismus ohne Überlegenheitsansprüche gekennzeichnet ist.

Vor allem brauchen wir Abrüstung. Die Menschheit kann sich die gigantische Vergeudung von wissenschaftlichen, technischen und ökonomischen Mitteln fürs Militär nicht länger leisten. Abrüstung senkt auch den Ressourcenverbrauch. Die frei werdenden Mittel werden im Kampf gegen diese und zukünftige Pandemien sowie für den sozialökologischen Umbau benötigt - nicht nur im Bereich des eigenen Kirchturms, sondern überall auf dem Planeten.

Jede Menge analytischer Anstrengungen vor uns

Die gesellschaftliche Linke, Attac, wir alle, haben diese und auch die davor liegenden Krisen analytisch noch nicht ausreichend verarbeitet. Auf viele Fragen, die wir nicht immer in der notwendigen Radikalität stellen, haben wir keine Antworten. Auch haben wir in diesem kurzen Text sicher nicht alle relevanten Aspekte angetippt. Es liegen große – auch intellektuelle – Anstrengungen vor uns, wenn die Linke am Ende der Corona-Krise eine politische Rolle spielen soll.

Wir sollten uns vornehmen, die wissenschaftliche Expertise, die es im Beirat gibt, in die Debatte einzubringen. Von uns als wissenschaftlichem Beirat wird erwartet, Hintergründe, gesellschaftliche Tiefenstrukturen und die großen Zusammenhänge auszuleuchten. Darum sollten wir uns ab sofort bemühen.

[Text](#) , 8. April 2020

Die große Umwälzung – Lasst uns die Zukunft vorbereiten

4. April 2020

(...) Wir müssen im Zusammenhang mit der gegenwärtigen Krise eine grundlegende Frage aufwerfen: Wie fügt sich der Klima-Notstand in die Perspektive der Überwindung der Coronavirus-Krise und ihrer gesundheitlichen, wirtschaftlichen, finanziellen, sozialen und demokratischen Folgen ein?

(...) Wir gehören zu denjenigen, die fordern, dass die Klimakrise und die Krise der Ökosysteme gleichermaßen berücksichtigt werden, denn diese Pandemie ist nur ein weiteres Symptom der ökologischen Krise. Insbesondere wissen wir, dass nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation 60 Prozent der infektiösen Krankheiten des Menschen durch Tiere übertragen werden.

Wir fordern daher, dass die Orientierungen unserer künftigen Politik-Konzepte auf der Wissenschaft basieren, welche insbesondere in den verschiedenen Berichten des Weltklimarats (IPCC) zum Ausdruck kommt, und dass die nachfolgend entwickelten Wirtschaftspolitik-Konzepte all diesen Fragen in vollem Umfang Rechnung tragen.

(...) Diese Epidemie deckt Ungleichheiten auf, sowohl auf lokaler Ebene, als auch international. Die große Mehrheit der Weltbevölkerung steht dieser Art von Geißel völlig hilflos gegenüber, und die Gesundheitsinfrastruktur ist nicht ausreichend entwickelt, um die Krise zu bewältigen. Flüchtlinge, Migranten oder Menschen, die in überbevölkerten und verarmten Gebieten leben, werden sich selbst überlassen. Kein Wunder: Unser Wirtschaftsmodell hat zu exponentiellen sozialen Ungleichheiten geführt, wie Oxfam sie jedes Jahr auf dem Wirtschaftsforum in Davos anprangert. Mit dieser Welt müssen wir brechen.

(...) Über die notwendige kurzfristige Bewältigung der Krise hinaus müssen wir über einen Ausweg aus der Krise nachdenken, der es nicht bei der nachhaltigen Sicherung von angemessenem Wohnraum und Einkommen belässt, sondern darüber hinaus in der Lage ist, Politikkonzepte zu entwickeln, die auf die Schaffung einer gerechteren und ökologischeren Gesellschaft abzielen. (...) In vielerlei Hinsicht offenbart die Pandemie die Zerbrechlichkeit einer zunehmend deregulierten, globalisierten und finanzierten Wirtschaft. Wir haben immerfort die großen Konzerne angeprangert, die von den wichtigsten Ressourcen wie einer qualitativ hochwertigen Bildung, einer gesunden Bevölkerung und guten Infrastrukturen profitieren, während sie sich weigern, ihren gerechten Anteil an den Steuern zu zahlen und ihre Gewinne in Steuerparadiesen verstecken.

Wie Edgar Morin kürzlich sagte, zeigt uns die Krise, dass diese Globalisierung eine gegenseitige Abhängigkeit ohne Solidarität darstellt. Während das Virus, das diese plötzliche Gesundheitskrise verursacht, die Schicksalsgemeinschaft der Völker dem gleichen Übel aussetzt, darf

der klimatische Notstand, der eine radikale Umgestaltung unserer Wirtschaft und unserer Lebensweise erfordert, keinesfalls vergessen werden.

Dennoch hören wir immer noch den Ruf nach Wachstum und wirtschaftlicher Erholung durch Konsum auf allen Gebieten, um das System zu retten. Hunderte von Milliarden Dollar wurden bereits angekündigt, um Unternehmen zu unterstützen, während einige von ihnen und einige Fonds derzeit nach einer unerbittlichen kapitalistischen Logik auf den Zusammenbruch anderer Unternehmen spekulieren und vom Sturz der Aktienkurse profitieren. Wir fordern, dass der Staat und die öffentlichen Behörden durch ihre massiven Eingriffe in die Wirtschaft das Wirtschaftssystem so ausrichten, dass es sozial gerechter, den grundlegenden Bedürfnissen der Bevölkerung angemessener und mit den großen ökologischen Gleichgewichten vereinbar wird. Massiv öffentliche Gelder zu investieren, um Fluggesellschaften, Öl-, Bergbau-, Gas- oder Chemieunternehmen und umweltschädigende Industriesektoren zu retten, ohne eine solche Hilfe von ihrer schrittweisen, raschen und organisierten Umstellung abhängig zu machen, wäre die schlechteste Lösung. Wir müssen die Wirtschaft radikal umgestalten und einen notwendigen, gut durchdachten und gemeinsam beschlossenen Schrumpfungsprozess steuern: weniger produzieren, weniger konsumieren, wirtschaftliche Tätigkeit auf die lokale Ebene zurückverlagern, mehr teilen.

Nur Unternehmen, die sich bereit erklären, ihre umweltbelastenden Aktivitäten schrittweise aufzugeben, um in sozial und ökologisch nützliche und nachhaltige Aktivitäten zu investieren, dürfen unterstützt werden. Andernfalls müssen der Staat und die öffentlichen Behörden die Kontrolle über diese Unternehmen übernehmen und so ihre Fähigkeit beenden, Schaden anzurichten.

In allen Fällen müssen die Rechte der ArbeitnehmerInnen gewährleistet sein (Einkommenssicherung und Beschäftigung). Diese staatlichen Eingriffe sind eine einzigartige Gelegenheit, eine echte ökologische und soziale Umstellung in den schädlichsten Sektoren durchzuführen. Lassen wir uns das nicht entgehen! Es darf kein Geld ausgegeben werden, um die unerträgliche Maschine wieder in Gang zu bringen, die soziale Ungleichheiten produziert und zur Zerstörung des Planeten beiträgt. Die Forderung nach Steuergerechtigkeit umfasst die Bekämpfung von Steuerhinterziehung und -umgehung, die Erhebung einer Steuer auf Finanztransaktionen und einer Kilometersteuer auf den Warentransport.

Wir brauchen einen wirklichen wirtschaftlichen Wandel, eine Welt, in der Finanzen und Währung der öffentlichen Gerichtsbarkeit unterstellt sind und im Dienste der Bevölkerung stehen; in der wir unsere Einkäufe von Importprodukten auf solche aus Staaten beschränken, die die Rechte ihrer Bevölkerung respektieren; in der wir der

Vorherrschaft der multinationalen Unternehmen ein Ende setzen; in der die Souveränität der Völker, die Ernährungssouveränität, eine verantwortungsvolle Landwirtschaft und ein fairer und solidarischer Handel Priorität haben. All dies sind bedeutende Umgestaltungen, für die ATTAC stets eingetreten ist.

(Auszüge aus der Übersetzung von https://www.quebec.attac.org/IMG/pdf/attac_legrandbouleversement.pdf

(...) Unsere alte Welt leidet an einer tödlichen Krankheit. Dies sollten wir akzeptieren.

Die Geschichte lehrt uns, dass Pandemien und Finanzkrisen den Lauf der Geschichte verändern können. Es liegt an uns, entsprechend zu handeln.

Marco Bersani (Attac Italia): Überlegungen zu einer notwendigen anderen Welt – Text

Die Pandemie offenbarte uns die künstlich konstruierte Falle rund um das Thema der Staatsverschuldung, die als Erpressung eingesetzt wurde, um soziale und Arbeitsrechte zu liberalisieren und gemeinschaftliche Güter und öffentliche Dienstleistungen einfach zu vermarkten. Es sind auch dieselben Vorläufer der Priorisierung der Haushaltszwänge, die heute besagen, man könnte und müsste ausgeben, man sollte dies umgehend und ohne jegliche Höchstgrenze tun. Dies zeigt uns die bisherige politische Manipulation der Staatsverschuldung. Wenn der Schutz der Menschen die Überwindung des Stabilitätspakts, des Fiskalpakts, der von Maastricht auferlegten Parameter mit sich bringt, so bedeutet dies, dass diese Einschränkungen nicht nur nicht notwendig sind, sondern wegen der drastischen Kürzungen bei den öffentlichen Gesundheitsausgaben auch die Hauptursache für die Umwandlung eines ernsthaften Gesundheitsproblems in eine Massentragödie darstellen. Es ist an der Zeit, sich den sozialen Reichtum erneut anzueignen (...)

Einige weitere Attac-Verbände (leider nur in der Originalsprache):

<https://attacmaroc.org/> , <https://www.attac-italia.org/> , <https://attac.es/esta-vez-rescatar-a-la-gente/>

Thomas Sablowski: Der Klassencharakter der deutschen Politik in der Coronakrise - Zeitschrift Luxemburg April 2020

Coronakrise: «Ideen, die zuvor als sozialistisches Teufelszeug galten, werden unter Applaus durch die Parlamente gepeitscht» Raul Zelik

AlterSummit: Pandemic of neoliberal capitalism – Erklärung 27. März 2020

(...) In spite of confinement, most states force their population to go to work; it is impossible to see one's relatives or friends, but possible to see one's colleagues. Where is the logic? Endowed with special powers, the states announce the abolition of holidays and the extension of working hours in certain sectors. But there is no question of requisitioning factories to make the masks or fans that will save lives. Nor is there any question of prohibiting the payment of dividends to shareholders!

(...) **The European Union suspends its austerity treaties. But to save who?** First the financial markets, then the major industrial groups affected. What is left for health services or the population? What is left for the working class who lose their jobs, see their benefits reduced or have to continue working without minimum guarantees for their health and that of their relatives?

(...) The richest States of the Planet are incapable of organizing the satisfaction of the basic social

needs of their populations. What this crisis reveals is the deadly violence of capitalism. The violence that has been raining down on the peoples of the South for so long and which is now hitting those who thought they were safe.

(...) More fundamentally, this crisis is a crisis of global capitalism, of its agro-industry, which is destroying natural habitats allowing more and more viruses to emerge; a crisis of global connectivity that allows it to travel quickly without brakes, a crisis of global logistics that leaves our "big" countries without the tools to fight the virus.

This global pandemic is a cry of alarm for the peoples of the world that reminds us of the dangers of climate change and in the face of which there can be no containment. Organising in the face of this health crisis is already organising for tomorrow's battles.

The world will have to change or we will run to our doom, faster than expected.

Courage to everyone! The fight goes on!

Corona. Kapital. Krise - für eine solidarische und ökologische Alternative

- Aufruf von Verena Kreiling, Winfried Wolf und Christian Zeller

Erstens. Die Coronakrise wird ein historisches Ausmaß globaler Reichweite annehmen. Die Gewissheiten, die unsere Gesellschaften seit 1945 kennen, werden der Vergangenheit angehören. Die anrollende Wirtschaftskrise wird brutale Verteilungskämpfe mit sich bringen und große geopolitische Verschiebungen begünstigen. Die Gesundheitskrise und die Wirtschaftskrise entwickeln sich im Kontext der sich rasch verschärfenden globalen Klimakrise. Das Zusammentreffen dieser Krisenprozesse wird zu überraschenden Brüchen, Einschnitten und Zusammenbrüchen führen. Die Herrschenden wurden von der raschen Ausbreitung der Pandemie überrascht, haben die Herausforderung unterschätzt und schließlich unter dem Druck der Menschen und Behörden in den betroffenen Regionen ungenügende und einseitige Maßnahmen ergriffen. Die allgemeine Ungewissheit über die weitere Entwicklung hat die politische Situation geöffnet. Gelingt es den Vertreter*innen der Kapitalinteressen rasch ihre Strategien zu entwickeln und durchzusetzen, können sie das Kräfteverhältnis langfristig zu ihren Gunsten verändern. Doch die Verunsicherung der Herrschenden bietet auch Chancen für die verstärkte Herausbildung solidarischer Verhaltensweisen, die Entwicklung neuer Widerstandspotentiale, die Ausarbeitung antikapitalistischer Strategien und schließlich die Durchsetzung radikaler antikapitalistischer und ökosozialistischer Reformen. Darum schlagen wir ein Sofortprogramm zur Bekämpfung der Corona-Pandemie und für weitergehende ökosozialistische Strukturreformen vor.

Zweitens trifft diese Krise auf politisch und organisatorisch komplett unvorbereitete emanzipatorische Bewegungen. Noch bis Mitte März haben viele kritische Zeitgenoss*innen die Corona-Krise ignoriert, verharmlost, sich lustig über besorgte Menschen gemacht und haben die Maßnahmen der Regierungen nur unter dem Blickwinkel individueller Freiheitsrechte betrachtet. Das sind unverzeihliche Fehler. Notwendig ist jetzt – wenn auch unter den derzeit erschwerenden Kommunikationsbedingungen – die rasche Aufnahme einer Diskussion über eine umfassende ökosozialistische Perspektive aufzunehmen und die Vorbereitung konkreter organisatorischer Projekte. Die Gesundheit und das Wohl der Bevölkerung muss jetzt gerade für eine Linke, die sich traditionell und zu Recht auf den Humanismus beruft und „das Menschenrecht erkämpft“, oberste gesellschaftliche Priorität sein. Wobei hier zu betonen ist: Zu den demokratischen und sozialen Grundrechten gehört das Recht auf körperliche Unversehrtheit und auf Gesundheit. Zugleich gilt es bereits jetzt über die akute Gesundheitskrise hinauszudenken und sich für die folgenden ökonomischen wie politischen Verwerfungen vorzubereiten.

Eine solidarische Praxis der Selbstorganisation eröffnet die Möglichkeit, Prozesse und starke Bewegungen zur gesellschaftlichen Aneignung wesentlicher Bereiche der gesellschaftlichen Produktion und Infrastruktur zu initiieren.

Drittens argumentieren wir, dass die Pandemie und vor allem die Maßnahmen der Regierungen die Mitglieder der Gesellschaft unterschiedlich treffen. Die Bekämpfung der Pandemie muss die Interessen der breiten Masse der Lohnabhängigen, der Frauen und aller aufgrund von Diskriminierung und Ausgrenzung benachteiligter Menschen in den Mittelpunkt rücken. Wir widersetzen uns allen Strategien, die die Pandemie auf Kosten von Teilen der Bevölkerung aussitzen, die Einschränkungen für die Wirtschaft aufheben und möglichst rasch wieder zum „Normalzustand“ zurückkehren wollen. Wir wollen aber auch den bisherigen Normalzustand nicht mehr. Wir brauchen keinen nationalen Schulterchluss mit den Regierenden und Herrschenden, der es ihnen nur leichter machen wird, die Kosten der Krise den Lohnabhängigen, den Prekären und Frauen aufzubürden. Wir wollen keine Konjunkturpakete für die Automobil-, Luftfahrt- und Rüstungsindustrie, sondern die sozial-ökologische Konversion dieser Industrien.

Anstatt einer unsolidarischen und kaum realisierbaren Wegsperrung der Alten und Schwachen das Wort zu reden, plädieren wir vielmehr für eine solidarische Bekämpfung der Pandemie, die konsequent das Leben der Menschen vor den Profit stellt.

Auch die in den Betrieben arbeitenden Menschen müssen geschützt werden und müssen sich und ihre Familien selber schützen können.

Gesellschaftlich nicht erforderliche Wirtschaftszweige sind kontrolliert und geplant runterzufahren.

Die Corona-Pandemie ist global und trifft die Menschen dennoch ungleich. Nur eine europäisch und global solidarische Bekämpfung der Pandemie ist angemessen. Das erfordert eine programmatische Verständigung und Vorbereitung auf die kommenden gesellschaftlichen Auseinandersetzungen.

Wir wollen dazu beitragen Perspektiven zu entwickeln, die an den bestehenden Zuständen ansetzen, den Dingen auf den Grund gehen und zugleich die breite Masse der Bevölkerung ansprechen.

Deshalb schlagen wir eine radikale sozial-ökologische Umbauperspektive in Europa vor, die solidarische Beziehungen mit den anderen Regionen der Welt mit einschließt.

Es folgen „25 Forderungen, um Leben zu retten, um die Gesundheit der Menschen sicherzustellen, um ein neues Umverteilungsprogramm von unten nach oben in der Krise zu stoppen und um mittels Konversion von Teilen der Industrie die nötigen Hilfsmittel im Kampf gegen die Pandemie bereitzustellen.“

NIE WIEDER!

19 Vertreterinnen und Vertreter von Gewerkschaften, Verbänden und Umweltorganisationen in Frankreich rufen dazu auf, „den Tag danach“ vorzubereiten

Khaled Gaiji, Präsident von Friends of the Earth Frankreich
Aurélie Trouvé, Sprecherin von Attac Frankreich
Philippe Martinez, Generalsekretär der CGT
Nicolas Girod, Sprecher des Bauernverbandes Confédération Paysanne
Benoit Teste, Generalsekretär der FSU
Jean-François Julliard, Geschäftsführer von Greenpeace Frankreich
Cécile Duflot, Geschäftsführerin von Oxfam Frankreich
Eric Beynel, Sprecher der Union syndicale Solidaires
Clémence Dubois, Vorsitzende von 350.org in Frankreich
Pauline Boyer, Sprecherin der Gewaltfreien Aktion COP21
Léa Vavasseur, Sprecherin von Alternatiba
Sylvie Bukhari-de Pontual, Präsidentin des CCFD-Terre Solidaire
Emmanuel Poilane, Präsident des CRID
Jean-Baptiste Eyraud, Sprecher des Droit au Logement
Lisa Badet, Vizepräsidentin von FIDL, Gewerkschaft der Schülerinnen und Schüler
Jeanette Habel, Kopräsidentin der Fondation Copernic
Katia Dubreuil, Präsidentin des Syndicat de la magistrature
Mélanie Luce, Präsidentin der UNEF
Héloïse Moreau, Präsidentin der UNL

„Nie wieder! Wir wollen ‚den Tag danach‘ vorbereiten“: 19 führende Vertreterinnen und Vertreter von Gewerkschaften, Verbänden und Umweltorganisationen, darunter Philippe Martinez (CGT), Aurélie Trouvé (Attac), Jean-François Julliard (Greenpeace) und Cécile Duflot (Oxfam), haben am Freitag, den 27. März 2020, eine gemeinsame Erklärung unterzeichnet, die auf [franceinfo](https://franceinfo.fr) veröffentlicht wurde. Diese Organisationen „rufen alle fortschrittlichen und humanistischen Kräfte [...] dazu auf, gemeinsam eine ökologische, feministische und soziale Zukunft zu schaffen, die mit der bisher verfolgten Politik und der neoliberalen Unordnung bricht“.

Durch die Übertragung der Steuerung unserer Gesellschaften in die Hände von Wirtschaftskräften hat der Neoliberalismus die Fähigkeit unserer Staaten, auf Krisen wie die Covid-19-Krise zu reagieren, sehr stark reduziert.

Die Coronavirus-Krise, die den gesamten Planeten trifft, offenbart die tiefgreifenden Mängel der neoliberalen Politik. Sie ist ein Funke auf einem Pulverfass, das kurz davor war zu explodieren. Emmanuel Macron fordert in seinen jüngsten Reden „*bahnbrechende Entscheidungen*“ und „*Dienstleistungen [...] außerhalb der Gesetze des Marktes*“.

Unsere Organisationen, die sich der sozialen und ökologischen Notlage bewusst sind und seit Jahren Alarm schlagen, erwarten nicht Reden, sondern tiefgreifende politische Veränderungen, um auf die unmittelbaren Bedürfnisse zu reagieren und die histori-

sche Chance zu nutzen, mit dem System aufzuräumen, in Frankreich und in der Welt.

Von nun an müssen alle notwendigen Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit der Bevölkerung, der Beschäftigten im Gesundheitswesen und der Pflegekräfte, von denen die überwiegende Mehrheit Frauen sind, umgesetzt werden, und dies muss Vorrang vor wirtschaftlichen Überlegungen haben. Nach vielen Jahren anhaltender Reduzierung der Mittel in allen Gesundheitseinrichtungen, einschließlich der öffentlichen Krankenhäuser und Seniorenheime, ist es dringend notwendig, genügend Mittel zur Verfügung zu stellen. Den Mangel an Ausrüstung, Betten und Personal beheben: mehr Betten, Gehaltserhöhung und massive Neueinstellungen, Versorgung mit wirksamer Schutzkleidung

und Tests, Kauf der notwendigen Ausrüstung, Beschlagnahme privater medizinischer Einrichtungen und der Unternehmen, die die für die Gesundheit notwendigen Güter herstellen können, Annullierung der Schulden der Krankenhäuser, um ihnen wieder finanzielle Spielräume zu verschaffen.

Um die Pandemie einzudämmen, muss die Arbeitswelt ausschließlich für die Produktion von Gütern und Dienstleistungen mobilisiert werden, die die Grundbedürfnisse der Bevölkerung befriedigen, alles andere muss unverzüglich gestoppt werden. Der Schutz der Gesundheit und die Sicherheit des Personals müssen gewährleistet sein, und das Rücktrittsrecht (1) der Beschäftigten muss respektiert werden.

Notwendige Maßnahmen im Namen der sozialen Gerechtigkeit

Die finanzielle Antwort der Regierung muss in erster Linie allen Beschäftigten zugutekommen, die sie benötigen, unabhängig von ihrem Tätigkeitsbereich, und sie muss mit Gewerkschaften und Personalvertretungen erörtert werden, anstatt die Gehälter von Managern aufzublähen oder Einzelinteressen zu bedienen. Um eine massive soziale Krise zu vermeiden, die Arbeitslose und Beschäftigte hart treffen würde, müssen bis auf Weiteres alle Entlassungen verboten werden.

Die neoliberale Politik hat die sozialen Rechte erheblich geschwächt, und die Regierung darf diese Krise nicht dazu nutzen, noch weiter zu gehen. Das Gesetz zum Gesundheitsnotstand lässt dies aber befürchten.

Je nachdem, ob man mehr oder weniger arm, bereits krank oder nicht krank oder wie alt man ist, unterscheiden sich die Bedingungen der Ausgangsbeschränkungen, die Ansteckungsgefahren, die Möglichkeiten, gut versorgt zu werden.

Daher sind zusätzliche Maßnahmen im Namen der sozialen Gerechtigkeit notwendig: Beschlagnahme von leerstehenden Wohnungen für Obdachlose und sehr schlecht untergebrachte Personen, einschließlich derjenigen, die einen Asylantrag gestellt haben, vollständige Wiedereinführung des Wohngelds, Stundung unbezahlter Energie-, Wasser-, Telefon- und Internetrechnungen für die Bedürftigsten. Zum Schutz von Frauen und Kindern, die Opfer von häuslicher Gewalt sind, müssen Nothilfemittel bereitgestellt werden.

Die von der Regierung freigesetzten Mittel zur Unterstützung von Unternehmen müssen vorrangig für Unternehmen in realen Schwierigkeiten eingesetzt werden, insbesondere für freiberuflich Tätige, Soloselbstständige, sehr kleine, kleine und mittlere Unternehmen, deren Rücklagen am geringsten sind. Und um zu verhindern, dass die Beschäftigten zur Anpassungsvariablen werden, müssen die Zahlung von Dividenden und Aktienrückkäufe durch die Unternehmen, die in letzter Zeit ein Rekordniveau erreicht haben, unverzüglich ausgesetzt und mittelfristig reguliert werden.

Aus der Wirtschaftskrise von 2008 wurden zu wenig Lehren gezogen

Starke Maßnahmen können helfen, bevor es zu spät ist, die Finanzmärkte zu entwaffnen: Kapitalkontrollen und ein Verbot der spekulativsten Operationen, eine Steuer auf Finanztransaktionen usw.

Ebenso sind eine gesellschaftliche Kontrolle der Banken, eine viel strengere Regulierung ihrer Praktiken oder eine Trennung in Depot- und Geschäftsbanken notwendig.

EZB-Hilfen von sozialer und ökologischer Umgestaltung abhängig machen

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat eine weitere Finanzspritze von 750 Milliarden Euro für die Finanzmärkte angekündigt. Die dürfte wieder einmal unwirksam sein. Die EZB und die öffentlichen Banken müssen den Staaten und Kommunen ab sofort direkt Kredite zur Finanzierung ihrer Defizite gewähren, zu den derzeitigen Zinssätzen, die nahe null liegen, was die Spekulation mit der Staatsverschuldung einschränken würde.

Die öffentliche Verschuldung wird im Zuge der Coronavirus-Krise stark ansteigen. Sie sollte nicht der Anlass zu Spekulationen auf den Finanzmärkten und zu einer zukünftigen fiskalischen Austeritätspolitik sein, wie es nach 2008 der Fall war.

Um die Steuerhinterziehung wirksam zu bekämpfen, ist eine grundlegende Überarbeitung der internationalen Steuervereinbarungen erforderlich, und die Wohlhabendsten sollten durch eine ehrgeizige und progressive Besteuerung von Vermögen und Einkommen zu einem größeren Beitrag veranlasst werden.

Durch diese massiven Eingriffe in die Wirtschaft haben wir die Möglichkeit, die Produktions-, Landwirtschafts-, Industrie- und Dienstleistungssysteme sehr tiefgreifend neu auszurichten, sie im Hinblick auf die Befriedigung der wesentlichen Bedürfnisse der Bevölkerung sozial gerechter zu gestalten und sie auf die Wiederherstellung der großen ökologischen Gleichgewichte zu konzentrieren.

Die Beihilfen der Zentralbank und die Beihilfen für Unternehmen müssen von deren sozialer und ökologischer Umgestaltung abhängig gemacht werden: Erhaltung der Arbeitsplätze, Verringerung der Lohnunterschiede, Aufstellung eines verbindlichen Plans zur Einhaltung der Pariser Vereinbarungen usw.

Denn es geht nicht um die Wiederbelebung einer zutiefst nicht nachhaltigen Wirtschaft. Es geht darum, Investitionen und die massive Schaffung von Arbeitsplätzen im ökologischen und energetischen Übergang zu unterstützen, Investitionen in die umwelt- und klimaschädlichsten Aktivitäten zurückzunehmen, eine breite Verteilung des Reichtums zu erreichen und eine viel ehrgeizigere Politik der Berufsausbildung und Umschulung zu verfolgen, um zu verhindern, dass Arbeitnehmer und prekäre Gruppen den Preis dafür zahlen.

Ebenso muss die massive finanzielle Unterstützung zu den öffentlichen Diensten umgelenkt werden, deren katastrophaler Zustand durch die Coronavirus-Krise auf grausame Weise offenbar wird: öffentliches Gesundheitswesen, Bildung und öffentliche Forschung, Dienste für pflegebedürftige Personen usw.

Relokalisierung der Produktion

Die Coronavirus-Krise offenbart unsere Verwundbarkeit angesichts der globalisierten Produktionsketten und des eng getakteten internationalen Handels, die dazu führen, dass in einem Notfall grundlegende Güter wie Schutzmasken, lebenswichtige Medikamente usw. nicht zur Verfügung stehen. Krisen wie diese werden sich wiederholen.

Die Relokalisierung der Aktivitäten in der Industrie, in der Landwirtschaft und im Dienstleistungsbereich würde eine größere Autonomie gegenüber den internationalen Märkten, die Wiedergewinnung der Kontrolle über die Produktionsmethoden und die Einleitung eines ökologischen und sozialen Wandels in der Arbeitswelt ermöglichen.

Relokalisierung ist nicht gleichbedeutend mit Abschottung und einem egoistischen Nationalismus. Wir brauchen eine internationale Regulierung, die von multilateralen und demokratischen Gremien erarbeitet wird, auf der Grundlage der Zusammenarbeit und einer Antwort auf die ökologische Krise fußt und mit der neoliberalen Globalisierung und den Hegemoniebestrebungen der mächtigsten Staaten bricht.

Unter diesem Gesichtspunkt zeigt die Coronavirus-Krise, wie mangelhaft die internationale Solidarität und Zusammenarbeit sind: Die europäischen Länder waren nicht in der Lage, angesichts der Pandemie eine gemeinsame Strategie zu verfolgen. Innerhalb der Europäischen Union muss zu diesem Zweck ein europäischer Haushalt eingerichtet werden, der viel größer ist als der angekündigte, um den am stärksten betroffenen Regionen in der EU wie auch in anderen Teilen der Welt zu helfen, in Ländern, deren Gesundheitssysteme am anfälligsten sind, insbesondere in Afrika.

Unter strikter Einhaltung der Maßnahmen zur Ausgangsbeschränkung sollen die Bürgerinnen und Bürger von nun an die lokale Solidarität mit den am stärksten Betroffenen entfalten, den Versuch der Regierung vereiteln, Maßnahmen zum Sozialabbau durchzusetzen, und die Behörden zu einer demokratischen, sozialen und ökologischen Antwort auf die Krise drängen.

Nie wieder! Nach Ende der Pandemie werden wir uns die öffentlichen Orte wieder aneignen und unseren „Tag danach“ gestalten. Wir rufen alle fortschrittlichen und humanistischen Kräfte, wir rufen die gesamte Gesellschaft dazu auf, gemeinsam eine ökologische, feministische und soziale Zukunft zu schaffen, die mit der bisher verfolgten Politik und der neoliberalen Unordnung bricht.

(1) Das Rücktrittsrecht erlaubt es dem Arbeitnehmer oder Beamten, seinen Arbeitsplatz zu verlassen oder die Aufnahme einer Beschäftigung ohne Zustimmung des Arbeitgebers zu verweigern.

Sie kann unter zwei Bedingungen ausgeübt werden:

wenn die Arbeitssituation eine ernste und unmittelbare Gefahr für sein Leben oder seine Gesundheit darstellt;

oder wenn er einen Fehler in den Schutzsystemen feststellt.

<https://www.service-public.fr/particuliers/actualites/A13902>

Nie wieder! - „den Tag danach“ vorbereiten

Internetpetition in Frankreich



Diese Petition wurde am 7.4.2020 von folgenden Organisationen initiiert:

Action Non-Violente COP 21, Alternatiba, Attac France, CCFD Terre Solidaire, Confédération paysanne, CGT, Convergence nationale des Services Publics, Fédération syndicale unitaire (FSU), Fondation Copernic, Greenpeace France, les Amis de la Terre France, Oxfam France, Reclaim Finance, Unef, Union syndicale Solidaires, 350.org

Angesichts des Gesundheitsnotstands sind Maßnahmen erforderlich, die mit der bisherigen Politik brechen. Im Anschluss an die gemeinsame Erklärung „Nie wieder! Wir wollen ‚den Tag danach‘ vorbereiten“ fordern die Unterzeichner dieser Petition die Regierung auf, unverzüglich 4 Maßnahmen zu ergreifen:

1. die sofortige Einstellung der zur Bekämpfung der Epidemie nicht notwendigen Tätigkeiten
2. die Beschlagnahmung privater medizinischer Einrichtungen und Unternehmen zur unverzüglichen Herstellung von Masken, Atemschutzgeräten und aller zur Rettung von Leben notwendigen Hilfsmittel
3. die sofortige Aussetzung der Dividendenzahlungen von Unternehmen, Aktienrückkäufe und Boni für CEOs (Vorstandsvorsitzende)
4. die Entscheidung, die 750 Milliarden Euro der EZB nicht zur Speisung der Finanzmärkte, sondern nur zur Finanzierung der sozialen und ökologischen Bedürfnisse der Menschen zu verwenden.

Es geht anschließend nicht um die Wiederbelebung einer Wirtschaft, die sowohl ökologisch als auch sozial vollkommen unhaltbar ist! Wir fordern die unverzügliche Entwicklung einer auf lange Sicht ausgerichteten staatlichen Politik, damit wir so etwas wie jetzt nie wieder durchmachen müssen. Dazu gehören:

1. ein Entwicklungsplan für alle öffentlichen Dienste
2. ein weitaus gerechteres und auf Umverteilung ausgerichtetes Steuersystem, eine Steuer auf große Vermögen, eine Steuer auf Finanztransaktionen und eine echte Bekämpfung der Steuerhinterziehung
3. ein Plan zur Neuorientierung und solidarischen Relokalisierung der Landwirtschaft, der Industrie und der Dienstleistungen mit dem Ziel, sie sozial gerechter zu gestalten und in die Lage zu versetzen, die wesentlichen Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen und den aus der ökologischen Krise erwachsenden Anforderungen gerecht zu werden

Seien wir schon jetzt aktiv und treffen wir uns am „Tag danach“, um uns die öffentlichen Orte wieder anzueignen und gemeinsam eine ökologische, soziale und demokratische Zukunft zu schaffen, die mit der bisher verfolgten Politik bricht.

Dossiers

International Labour Network of Solidarity and Struggles - [Internetseite](#)

Solidarisch gegen Corona - [Dossier](#) der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Labournet – viele Artikel zu den Maßnahmen angesichts Corona-Pandemie und zu den Arbeitskämpfen. https://www.labournet.de/?s=corona&orderby=post_date&order=desc

BUKO (Bundeskoordination Internationalismus):

1. Hinweise auf Dokumentationsseiten, die Texte, Analysen, Audio- und Video-Beiträge bündeln. [Die URL-Sammlung...](#) 2. [Tipps z.B. zum Umgang mit digitalen Formen von Diskussionsrunden](#)

Dokumentensammlung: Die Idee ist, interessante Texte, Einschätzungen, auch aus betroffenen Perspektive vulnerabler Gruppen, zur aktuellen Situation rund um Corona zu sammeln.

<https://pad.riseup.net/p/Corona%26Gesellschaft>

Corona im globalen Süden – [Taz](#)

Der 'Südlink' zum freien Download "Viele Menschen verbringen aufgrund der Corona-Pandemie momentan unfreiwillig viel Zeit in den eigenen vier Wänden. Andere haben mit zum Teil dramatischen Einkommenseinbußen zu kämpfen. Deshalb haben wir uns entschieden, die letzten drei Ausgaben des Südlinks, unseres Nord-Süd-Magazins, kostenlos zum Download zur Verfügung zu stellen." (Themen: Klimabewegungen - Konzernverantwortung - Agrarökologie) - [INKOTA](#)

Die Auswirkungen der Pandemie auf die Atomkraft-Nutzung- Eine umfangreiche Artikelsammlung (nicht nur über die Situation in Deutschland) in [ausgestrahlt](#)

Grundrechte und Covid19

Raphael Müller: [Grundrechte und COVID19](#) Es muss genau hingeschaut werden, welche Grundrechtseinschränkungen und Exekutiverweiterungen notwendig, welche nicht notwendig und welche inakzeptabel sind - **Aufsatz mit vielen Quellenhinweisen**

Nur die Polizei ist immun. Michèle Winkler, [Grundrechtekomitee](#)

Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen e.V.

Demokratie- und Grundrechteabbau in der Corona-Krise beenden!

<https://www.vdj.de/mitteilungen/nachrichten/nachricht/demokratie-und-grundrechteabbau-in-der-corona-krise-beenden/>

Zur Gesundheit des Gemeinwesens gehört auch eine funktionierende Demokratie. "Bleiben Sie demokratisch!", wäre daher auch kein schlechter Gruß in diesen Zeiten.

[Kommentar](#) von Heribert Prantl

Absurde Polizeibefugnisse aufgrund von angeblichem Infektionsschutz - [Telepolis](#) 10.4.2020 - s. auch [Beate Bahner](#), "Warum der Shutdown verfassungswidrig ist" - und die Entscheidung des [Bundesverfassungsgerichts](#) (10.4.20) gegen ihren Eilantrag

Rechtsanwältin Beate Bahner (s. Artikel am 10.4.) in **Psychiatrie gesperrt.** [T-online](#) / [Telefonmitschnitt](#)

International: WTO / Schuldenkrise

17.4.2020

Über 250 Organisationen aus 150 Staaten:

Open Letter to Trade Ministries and the World Trade Organization (WTO)

Stop all trade and investment treaty negotiations during the COVID19 outbreak and refocus on access to medical supplies and saving lives - [Text](#)

Wieder Schuldenkrise

A debt jubilee to tackle the Covid-19 health and economic crisis - Over 200 networks and organisations have signed a statement calling for cancellation of debt payments in 2020.

Text der Erklärung und Unterschriften [hier](#) (Unterschriften: u.a. Attac FR und Global Justice Now; aus Deutschland: Brot für die Welt / Bischöfliches Hilfswerk MISEREOR / Bündnis Eine Welt Schleswig-Holstein e.V. /Entwicklung braucht Entschuldung (Jubilee Germany) / hl redaction)

Vor der Pleite: Über 80 Länder haben beim IWF Notkredite beantragt, um einen Staatsbankrott zu vermeiden. Die jüngst vereinbarten Schuldenerlasse greifen zu kurz.

" Es ist davon auszugehen, dass die Coronakrise viele hoch verschuldete arme Länder in die tatsächliche Staateninsolvenz treibt. Aus dieser kommen sie jedoch nur mit einer echten Schuldenstreichung wieder heraus.

*Zudem ist das Paket nicht völlig frei von Konditionen. Länder, die davon profitieren, müssen ein laufendes IWF-Programm haben. Diese Programme sind höchst umstritten, denn sie enthalten in aller Regel Konditionen zur „fiskalischen Konsolidierung“, wie Austeritätspolitik beim IWF euphemistisch heißt. Diese vom IWF aufgezwungenen Konditionen haben in vielen Ländern zum kaputt sparen der Gesundheitssysteme geführt, und sie daher verletzlicher für die Coronapandemie gemacht. Den IWF und seine Programme hier ins Spiel zu bringen, heißt also den Bock zum Gärtner zu machen."***mehr: [Bodo Ellmers](#)**

Erlassjahr, 15.4.2020: Schuldenmoratorium für 77 Länder im Kampf gegen Covid-19 - [Einschätzung](#)

Die vermeintliche Annullierung der Schulden von afrikanischen Ländern - [CADTM](#)

s. auch **Jürgen Kaiser (Erlassjahr)** :

- **Verschuldungskrise und Corona-Krise: die sehr reale Gefahr der gegenseitigen Verstärkung** - [Text](#)

- **Schuldenerlass zur Corona-Bekämpfung durch den IWF: Was steckt dahinter?** - [Text](#)

Mehrere eingehende Analysen über die Politik der G20 und des IWF gegenüber den verschuldeten Ländern: <https://eurodad.org/blogs/index>

Abolish illegitimate and odious claims by European countries from third parties and give absolute priority to human rights, 3 April by [ReCommons Europe](#)

Eric Toussaint, CADTM:

Fighting Covid-19: Why and How to Suspend Debt Repayment Immediately

<http://www.cadtm.org/Fighting-COVID-19-Why-and-How-to-Suspend-Debt-Repayment-Immediately>

Corona weltweit

Bäuerliche Landwirtschaft

Covid-19 beeinträchtigt kleinbäuerliche Landwirtschaft weltweit - vor allem durch die Ausgangssperren und die Schließung der lokalen Märkte. [Video](#) von Via Campesina, 90 Sekunden

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft:

Bäuerinnen und Bauern weltweit unterstützen – [Erklärung](#)

16.04.2020. (...) Rund 70 Prozent der Nahrungsmittelerzeugung wird von Kleinbäuer*innen weltweit sichergestellt. (...)

„Während sich die westlichen Industrieländer weitestgehend abschotten und um Finanzmittel in Milliardenhöhe und Schutzkleidung streiten, stehen die Länder des landwirtschaftlich geprägten Südens in Afrika, Asien, Südamerika angesichts des Corona-Virus vor extremen Herausforderungen hinsichtlich ihrer viel schlechteren Ausgangssituationen – in Fragen der Gesundheitsvorsorge, Hygiene und der Lebensmittelversorgung. Sie brauchen nicht nur solidarische Worte, sondern Taten: Geld, medizinische Unterstützung, Hilfen zur Selbsthilfe und zwar jetzt! Es muss um eine Unterstützung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft vor Ort gehen, damit eine lokale Lebensmittelversorgung aufrechterhalten werden kann. Die bislang z.B. von der EU oder dem IWF zugesagten Hilfen sind gemessen an der Unterstützung in den westlichen Industrieländern ein Armutszeugnis. Die aggressive Agrarexport-Ausrichtung der Europäischen Union ist mitverantwortlich für instabile Verhältnisse in der Welt, deshalb haben wir hier eine Bringschuld“, so **Elisabeth Fresen**, AbL-Vorsitzende und Bäuerin in Niedersachsen.

Fresen weiter: „Auch die Lebensmittelerzeugung in Europa ist nach Auffassung der AbL alles andere als nachhaltig. Mit einer jahrzehntelangen agrarpolitischen und wissenschaftlichen Ausrichtung des

Wachsens oder Weichens sind viele Bauernhöfe verschwunden. Wir müssen jetzt die vielen Bewegungen für regionale Kreisläufe und für regionale Erzeugung von gesunden Lebensmitteln stärken. Nur weil aktuell die Landwirtschaft von der Politik als systemrelevant erkannt wird, darf das nicht dazu führen, unter dem Stichwort „Ernährungssicherung“ zarte Ansätze einer agrarpolitischen Stärkung bäuerlicher Landwirtschaft sowie den Schutz von Umwelt, Klima und Tierwohl wieder hinten an zu stellen, so wie es die Spitze des Deutschen Bauernverbandes jetzt fordert. Ebenso wenig darf es dazu führen, dass Maßnahmen des vorbeugenden Gesundheitsschutzes wie auch das Arbeitsrecht gelockert werden. Internationale Solidarität muss auch heißen, nicht nur die Ernte- und Pflanzarbeiten hier zu sichern, sondern weltweit die Gesundheit der Menschen zu schützen, die die Arbeit auf den Äckern verrichten. Die Verantwortlichen in der Politik müssen sich auch fragen lassen, warum es unter Missachtung gesundheitlicher Schutzvorkehrungen möglich ist, tausende Saisonarbeitskräfte aus Osteuropa einfliegen zu lassen, damit wir Deutsche Spargel speisen können, während es unmöglich erscheint, die Kinder aus unmenschlichen Flüchtlingslagern in Europa herauszuholen“.

Der offene Brief von La Via Campesina findet sich unter: <https://www.eurovia.org/an-open-letter-to-european-institutions-on-the-international-day-of-peasant-struggle/>

European Coordination Via Campesina: <https://www.eurovia.org/covid-19-latest-information-and-updates/> über COVID19 mit Links zu Artikeln aus verschiedenen Ländern.

Via Campesina, Österreich: 17.April 2020 - Tag des kleinbäuerlichen Widerstands: Rechte stärken und Hunger bekämpfen! - [Bericht](#)

Der Welternährungsausschuss (CFS) warnt, dass die Covid-19 Pandemie eine weltweite Ernährungskrise auszulösen droht. Die Ursachen von Hunger und Mangelernährung sind in Armut und Ungleichheit begründet, die durch die aktuelle Krise und durch das industrielle Agrarsystem immer weiter vertieft werden. „Das muss verhindert werden. Jetzt braucht es unmittelbare und wirksame Hilfe, einen Schuldenschnitt und den gerechten Beitrag der Reichen. All das darf nicht mit neoliberalen Auflagen verbunden werden, sondern muss die Ernährungssouveränität und das Menschenrecht auf Nahrung stärken. Ernährungssouveränität bedeutet nicht nationale Abschottung, sondern kann nur eine globale, solidarische und demokratische Antwort auf die Krise sein. Deshalb setzen wir uns weltweit für unsere Rechte ein!“

ZINTV: Die Ernährungssouveränität in Zeiten der Pandemie - [Mehrere Videos](#) (auf Französisch)

Afrika

Corona in Afrika - Berichte (Togo: Ausgangssperre und staatliche Gewalt / Marokko: Notversorgung von Migrant*innen / Interview von Victor Nzuzi, Kleinbauer, Journalist und Aktivist in der Demokratischen Republik Kongo / Mali /(auf Deutsch) [Afrique-Europe-Interact](#)

2.4.2020 - Covid-19: the spectre of an Africa unprepared for health crises - [Global Justice Now](#)

Lateinamerika

[onda-info 484](#) – Corona in Mexiko und Zentralamerika

Mehrere Berichte über die Auswirkungen der Corona-Krise und den Umgang damit – [npla](#)

Von der Corona- in die Wirtschaftskrise -Die Verwerfungen der Weltwirtschaft könnten die Region besonders hart treffen. [Amerika 21](#)

Pax Christi - [Bericht](#) aus Kolumbien

Situation in Nicaragua – [Reisebericht](#)

Rodrigues Zezico Guajajar wurde von Unbekannten ermordet. Damit wurde bereits der fünfte Anführer der Guajajar-Indigenen innerhalb von nur fünf Monaten umgebracht. Zezico Guajajara hatte die fortschreitende Okkupation des Amazonasgebiets durch illegalen Bergbau und Holzfäller angeprangert. [Amerika 21](#)

Die indigenen Völker sind besonders gefährdet durch den Corona-Virus. - [reporterre](#) (FR)

Gaza

Urgent [call](#) for an emergency help for Gaza – end the blockade now! (ECCP)

Brief an die Aussenminister der EU-Staaten: " (...) *Israel's continuing blockade of the Gaza Strip, a measure that is depriving its population of food, fuel, and other necessities, constitutes a form of collective punishment in violation of article 33 of the Fourth Geneva Convention.*(...) UN-Organisation über [Gaza](#)

Asien

INKOTA: Von Rana Plaza zu COVID-19: Textilarbeiter*innen erneut in tiefer Krise - [Text](#), 24.4.2020

Südwind: Auswirkungen von Corona auf Arbeitsmigrant*innen in Indien Der durch die indische Regierung verhängte Lockdown infolge der Corona-Pandemie traf Arbeitsmigrant*innen, die im Textil- oder Bausektor Westindiens tätig sind, besonders hart. Innerhalb einer gesetzten Frist von vier Stunden konnten viele ihre oft 100 oder 1000 km entfernte Heimat zu Fuß nicht erreichen. In Notunterkünften auf dem Weg ist die Verpflegung unzureichend. <https://www.suedwind-institut.de/audio-video/auswirkungen-von-corona-auf-arbeitsmigrantinnen-in-indien.html>

Die SiG-Redaktion trauert: In Memoriam - Martin Khor -[GlobalIssues](#) - Er war bis von kurzem Dirktor des Third World Networks in Malaysia. -

Walden Bello über Martin Khor, [focusweb](#)

Wir hatten mehrere seiner Artikel veröffentlicht (SiG [43,60,74,79,85,86,90,94](#) und [118](#))

USA

Democracy Now, 9.4.20 - COVID-19 [Sacrifice Zones](#): Coronavirus Devastates Black Communities Historically Denied Healthcare

7.4.2020 Corona-Pandemie in den USA: Einige der ärmsten Staaten im Süden der Vereinigten Staaten, angeführt von Louisiana, gehören bereits zu den am stärksten von der Gesundheitskrise betroffenen [Mediapart](#)

Disney zahlt mehr als 100.000 Mitarbeitern kein Gehalt mehr - damit will der Unterhaltungskonzern bis zu 500 Millionen Dollar pro Monat einsparen. Durch die Entscheidung sind die Mitarbeiter von Disney auf staatliche Leistungen angewiesen – öffentliche Unterstützung, die sich in den kommenden Monaten auf Hunderte von Millionen Dollar belaufen könnte – während das Unternehmen Bonusprogramme für Führungskräfte und eine im Juli fällige Dividendenzahlung in Höhe von 1,5 Milliarden Dollar nicht antasten will. - [Handelsblatt](#)

Corona-Kapitalismus in den USA: hier zeigt er sich in Reinform - [Norbert Häring](#) "Während Abermillionen US-Amerikaner in Armut und Not stürzen, werden die vier größten Krisengewinner des Landes um schwer zu erfassende 47 Milliarden Dollar reicher, umgelegt wären das immerhin rund 150 Dollar für jeden der 327 Millionen US-Amerikaner oder 2000 Dollar für jeden der 22 Millionen in den vier Wochen bis Mitte April arbeitslos gewordenen US-Bürger. (...) Mit ihrem unangetasteten oder sogar noch gestiegenen Vermögen können die Oligarchen der USA und ihre Unternehmen die Unternehmen im Rest der Welt und der USA, deren Wert relativ zu ihrem eingebrochen ist, billig aufkaufen."

Situation in den USA:

<https://www.labornotes.org/coronavirusnews>
- [Labor Campaign For Single Payer](#)- Fighting for Health Care for All in the Age of Trump

Europa

BlackRock als Regelgeber für Banken? Wie kam die EU auf diese Schnapsidee? - [NachDenkSeiten](#) - [Über BlackRock: Sand im Getriebe Nr. 135, S. 7-8: BlackRock empfahl Macron die Quasi-Pflicht zur privaten Altersvorsorge / BlackRocks Angriff auf die Rente](#)

Großbritannien: Jonathan Cook: COVID-19 – Unsere Führungsfiguren haben Angst. Nicht vor dem Virus – vor uns - [Nachdenkseiten](#)

Ruth Wilkinson (Global Justice Now): Humanity isn't a disease - but ecofascism is - [Text](#)

Attac Österreich:

1. **Corona-Krise: Die EZB muss die Staatsfinanzierung dem Finanzsektor entziehen** -Das Verbot Staaten zu finanzieren, wird derzeit bereits halbherzig umgangen, indem die EZB am „Sekundärmarkt“ von Banken und Fonds Staatsanleihen aufkauft. Viel wirksamer und kostengünstiger wäre es, wenn die EZB Staatsanleihen ohne diese Umgehungs konstruktion kauft. - [mehr](#)

2. **Neues Verbot von Corona-Staatshilfen für Konzerne in Steuersümpfen praktisch wirkungslos** [Attac](#) fordert Beihilfen nur für Konzerne, die nachweisen keine Gewinne zu verschieben.

3. Corona-Krise: Attac fordert bis zu 60 Prozent **Lastenausgleich von Milliardär*innen** - [Text](#) – [Petition](#)

Ungarn: The Authoritarian Regime Tests the Introduction of Dictatorship. Orbán's Repeated Attempt - [transform!](#) 8.April2020

Polen, [Gewerkschaft Arbeiter*innen-Initiative](#): Hört auf mit unserem Leben zu spielen! Wir wollen kein menschlicher Schutzschild sein! „Viele der im ‚Schutzschild‘ enthaltenen Vorschläge der Regierung laufen auf Lohnsenkungen, Schwächung der Gewerkschaften und noch stärkere Unterwerfung der Arbeiterinnen und Arbeiter unter die Arbeitgeber hinaus.“ - **Forderungen**

Belgien: 'Die Gesundheit im Kampf' - 'La Santé en lutte' ist eine Basisorganisation von Arbeiter_innen in Brüsseler Krankenhäusern, in der momentan vor allem Krankenpfleger_innen organisiert sind. Die Bewegung ist 2019 entstanden. Seit dem Ausbruch der Corona-Krise gibt "La Santé en lutte" regelmäßige Communiqués heraus, mit konkreten Forderungen, die den bestehenden Notlagen schnell Abhilfe schaffen sollen. Video bei labournet.tv (franz. mit dt. UT | 10 min | 2020)

Krankheit, Armut, Hetze - Corona gefährdet Millionen armer Roma [ZDF](#) - 08.04.2020

In Mitteleuropa leben Millionen Roma am Existenzminimum. In der Corona-Krise drohen ihnen nun rechtsextreme Hetzer und staatliche Repressionen. Hilfe bleibt weitgehend aus.

Italien:

Thomas Fritz: Corona-Krise: Wie deutsche PolitikerInnen den Gesundheitsnotstand in der EU verschärften - <https://saveourservices.de>

Oktober 2011: Finanzminister Wolfgang **Schäuble** (CDU) : "**Italien muss seine Hausaufgaben machen**", (...) "*das Haushaltsdefizit schnell und deutlich zurückführen*", "*den Schuldenstand drücken*" und "*strukturelle Reformen am Arbeitsmarkt und in den sozialen Sicherungssystemen*" durchführen.(...) [Spiegel](#)-Interview . (...) Der ehemalige EU-Kommissar Mario **Monti** bildete eine Technokratenregierung (...). Ein wesentlicher Baustein war Montis Gesetzesdekret Nr. 95/2012 über die Ausgabenrevision (Spending Review), das die Staatsausgaben vor allem im Gesundheitsbereich und dem öffentlichen Dienst drastisch kürzte. Die von den Folgerregierungen fortgesetzten Sparmaßnahmen umfassten Ausgabenkürzungen für Medikamente und medizinische Geräte, sinkende Vergütungen für Fallpauschalen, höhere Selbstbeteiligungen sowie einen massiven Bettenabbau in den Krankenhäusern.(...)

18.3.2020 - Austerität ist tödlich - Die Krise des Gesundheitssystems in Italien ist Folge der Bankenrettung nach der Finanzkrise. von Alexis Passadakis, [Freitag](#)

Frankreich

Der Staat tötet! SUD-Gewerkschaft in Frankreich zur Situation in Gesundheits- und Sozialdiensten"... *die Masken, sie fehlen; die Handschuhe, sie fehlen; die Brillen und Visiere, sie fehlen; die Überkittel, sie fehlen; die hydroalkoholischen Gele, sie fehlen; die Beatmungsmaschinen, sie fehlen... und diese Liste ist unvollständig.*" - [Express](#)

Bastamag - Frankreich - Berichte vom Pflegepersonal und anderen Beschäftigten über ihre prekären Arbeitsbedingungen, den Mangel an Schutzmaterial und die Unmöglichkeit, bei der Arbeit Abstand zu halten, über die unzureichende Versorgung der Patienten, kurze [Videos](#) auf französisch, mit Untertiteln.

Attac FR: "Die sozialen Ungleichheiten und der Gesundheitsnotstand" [Video-Sendung](#), 9.4.2020 (u.a. über das Departement Seine-Saint-Denis im Nordosten von Paris)

Siedlung Les Roziers, Marseille: Dort hungern die Kinder – [Bericht](#)

Marseille: stillgelegtes MacDo-Restaurant wurde besetzt, um Lebensmittel an die verarmte Bevölkerung zu verteilen - [Video](#), 8 Min (auf Französisch)

Keine Ausrüstung gegen Coronavirus?! [Streiksankündigung](#) für April - s. Gewerkschaften [CGT](#) und [Solidaires](#) - S. JW [Streiks](#)

Maxime Combes(Attac FR): französische Multinationales führen eine Offensive gegen den ökologischen Übergang – [Text](#)

Maxime Combes [Reaktion](#) auf eine Rede von Macron „Wir sind im Krieg“ (*Maxime Combes ist Sprecher von [Attac Frankreich](#), zusammen mit Aurélie Trouvé und Raphael Pradeau - Annick Coupé ist Generalsekretärin*)

Attac Frankreich

- Genossenschaftsprojekt zur Herstellung von Atemschutzmasken - [Interview](#) von Serge Le Quéau
- Die Produktion von Mitteln für die Gesundheitsversorgung kontrollieren! - [Text](#)
- Rettung von [Air France](#) nur bei sozialem und ökologischem Umbau!
- [Le kit « Actions en confinement »](#) "Aktionstips angesichts der Ausgangsbeschränkungen - auch zum Lachen: [Kuchenrezept](#) ;) (leider nur auf Französisch)

Im Namen der Bekämpfung des Corona-Virus wird die Kontrolle der Bevölkerung massiv ausgebaut - [reporterre](#) - eine [Internet-Seite](#) sammelt die von der Polizei verfolgten "Vergehen"

[Rede von Macron am 13.4.2020](#) - Reaktionen: Gewerkschaften: [Solidaires](#): *Macrons Vorhaben dienen den Unternehmen (1). Ohne Schutzausrüstung und regelmäßige Tests kein Arbeitseintritt! (2) CGT Waffenproduktion und -Handel? keine lebensnotwendige Tätigkeit![9.4.2020](#)
[Mediapart](#) - [Humanité](#) - ("die Sorge um den Rückstand von Kindern, die nicht zur Schule gehen dürfen, ist nur vorgeschoben: wenn die Kindergärten und Schulen ab dem 11.5. wieder geöffnet werden sollen, dann damit die Eltern wieder arbeiten)*

Das Werk Luxfer Gerzat (Frankreich) ist der einzige europäische Hersteller von medizinischen Sauerstoffflaschen. Vor einem Jahr beschloss die Geschäftsführung von Luxfer jedoch, das Werk dauerhaft zu schließen und alle Mitarbeiter trotz einer Gewinnsteigerung von 55% zu entlassen. Der Grund? Seine Monopolstellung zu nutzen und Lieferverzögerungen zu schaffen, um Kunden zu zwingen, Produkte minderer Qualität zu nehmen und seine Preise um 12% zu erhöhen. Der Betrieb wurde besetzt, die Zerstörung der Maschinen verhindert. Aber es wird nichts produziert. Mehr auf [Englisch](#) und auf [Französisch](#)

Dossiers in Frankreich:

1. Sonderseite von Attac Frankreich <https://france.attac.org/se-mobiliser/que-faire-face-au-coronavirus/>
2. <https://reporterre.net/Coronavirus> Artikel über die soziale und ökologische Krise - und Lösungsansätze
3. "[Unsichtbare Kämpfe](#)" - Seite mit aktuellen Meldungen, nicht nur aus Frankreich
4. Gewerkschaften CGT <https://www.cgt.fr/> , Solidaires <https://solidaires.org/>

Der Kampf gegen Amazon lohnt sich und ist nicht zu Ende!

Frankreich: Erster gewerkschaftlicher Sieg! Amazon soll sich in Frankreich laut einem Gerichtsbeschluss vom 14.4.2020 auf Bestellungen von Lebensmitteln sowie Hygiene- und Medizinprodukten beschränken. Der Online-Händler habe in der Coronavirus-Krise seine Verpflichtungen zum Schutz von Gesundheit und Sicherheit der Angestellten in seinen Logistikzentren nicht ausreichend erfüllt, erklärte das Gericht im Pariser Vorort Nanterre. - [mehr](#) - Pressemitteilung der Gewerkschaft [Solidaires](#) (die zusammen mit 'Amis de la Terre' gegen Amazon geklagt hatte) - Bericht von [reporterre](#)

24.4.2020 - Attac Frankreich: [Gute Nachricht](#), der Kampf hat sich gelohnt: Das Berufungsgericht hat die Verurteilung von Amazon bestätigt

Amazon muss die Sicherheit der Beschäftigten gewährleisten und dafür auch nur bestimmte lebensnotwendige Artikel versenden.

Attac und les Amis de la Terre fordern ebenfalls den Stopp der Neubauvorhaben (mehrere neue Logistikzentren) als Teil des Kampfes gegen den Klimawandel und die Zerstörung von Arbeitsplätzen (doppelt so viel wie die neuen Arbeitsplätzen in den Logistikzentren) und für Steuergerechtigkeit.

<https://france.attac.org/se-mobiliser/stop-amazon-et-son-monde/>

Gewerkschaft Solidaires: Amazon Situation transnationale ([Zusammenstellung vom 19.3.20](#))
<https://solidaires.org/Fermons-Amazon>

Aufruf von [Digitalcourage](#): Solidarität statt Amazon – Unterstützen Sie Ihren lokalen Einzelhandel!
Sonderseite der Gewerkschaft Ver.di: <https://handel.verdi.de/unternehmen/a-c/amazon>

Deutschland

Gemeinsame [Projektgruppe](#) der Katholischen ArbeitnehmerInnen-Bewegung, der katholischen Friedensbewegung Pax Christi und des Ökumenischen Netzes Rhein-Mosel-Saar:

Das System ist unheilbar krank

Die Projektgruppe „Kapitalismus verstehen und überwinden“ unterstützt die Forderungen der Pflegekräfte und ihrer Gewerkschaft: die Bereitstellung ausreichender Schutzkleidung – auch durch Zwang von Betrieben zur unverzüglichen Produktion; weiterhin eine steuerfreie Prämie von 500 € für alle Beschäftigten, die aktuell das Land am Laufen halten. Den Krankenhäusern müssen alle entstehenden Kosten beglichen werden. Das Fallpauschalen-System muss außer Kraft gesetzt und die Leitung der Krankenhäuser muss auf die Medizin und die Pflege übertragen werden. Auch im Reinigungsdienst der Kliniken muss dringend mehr Personal eingesetzt werden.

Diese politischen Forderungen sind umzusetzen, um das Leben von Kranken und Pflegenden zu schützen und zu erleichtern. Dass diese Forderungen gestellt werden müssen, macht deutlich, dass das neoliberal ökonomisierte, deregulierte und privatisierte Gesundheitssystem, das schon im Normalzustand überfordert ist, angesichts von Corona vor kaum zu bewältigenden Herausforderungen steht. Bei der Frage nach Gesundheit sind zudem die Menschen einzubeziehen, die in Flüchtlingslagern dem Virus nahezu schutzlos ausgeliefert sind. Vor diesem Hintergrund unterstützen die Unterzeichnenden die Forderungen diverser Nichtregierungsorganisationen und Kardinal Woelkis nach Auflösung der Flüchtlingslager auf Lesbos und solidarischer Hilfe für die Betroffenen.

Dabei zeigt sich in der aktuellen Gesundheits- und Flüchtlingskrise exemplarisch, dass die ganze kapitalistische Gesellschaft unheilbar krank ist. (...) Auch über den Gesundheitsbereich und die Situation der Geflüchteten hinaus wird deutlich, welche verheerende Folgen die neoliberale Ausrichtung von Wirtschaft und Politik hinterlassen hat. Dabei **muss die Kritik über eine Kritik des Neoliberalismus hinaus gehen.** Er war/ist lediglich ein Instrument, die tieferliegende Krise des Kapitalismus zu kaschieren und zu kompensieren. Bei der Frage nach Ausstiegsszenarien aus der Coronakrise muss es zugleich um **Ausstiegsszenarien aus der kapitalistischen Gesellschaftsform** gehen, die sich schon länger in Zerstörungsszenarien bis hin zur Zerstörung der Lebensgrundlagen ausagiert und sichtbar wird in Armut, Kriegen, Flucht, Umweltzerstörung, zunehmender Repression und eben auch kaputten Gesundheitssystemen. Es wird immer offensichtlicher, dass das kapitalistische System auf seine immanenten Grenzen stößt – ein System, das auf irrationaler, konkurrenzgetriebener Kapitalvermehrung als Selbstzweck und auf Abspaltung der weiblich konnotierten reproduktiven Bereiche ausgerichtet ist. (...)

Nationale Alleingänge in dieser globalen Krise wären fatal. „Stattdessen wären“ – wie es in der Stellungnahme von Exit und Ökumenischem Netz heißt – „Pragmatismus und Zusammenarbeit im internationalen Maßstab zur Eindämmung der aktuellen auf Corona sich zuspitzende Krise angesagt. Forschung, Gütertransfers usw., Produktion lebenswichtiger Dinge müssten über nationale Grenzen hinaus unbürokratisch und gratis geregelt werden, um weiteren barbarischen Konsequenzen entgegen zu wirken. Die Zwangssituation erfordert gegenseitige Hilfen und ein Zusammen tun.“ Entgegen gängiger kapitalistischer Denkweise ist menschliches Handeln nicht darauf determiniert, ausschließlich in ökonomischen Kosten-Nutzen-Kategorien zu verlaufen. Ein solcher Pragmatismus und ein solches Sich-Zusammentun sind also möglich, sollten aber nicht unreflektiert mit dem Aufscheinen einer anderen Gesellschaft verwechselt werden. Eine auf Solidarität und Kooperation basierende Gesellschaft, kann erst dann in den Blick kommen, wenn es denkend und handelnd zu einem Bruch mit der patriarchal-kapitalistischen Weltgesellschaft (d.h. mit Arbeit, Geld, Staat, Abspaltung der Reproduktion) kommt.

DGB-Klartext: Corona: Kein Argument für neoliberale Ideologie -

Olle Kamellen aus der neoliberalen Mottenkiste: Die wirtschaftspolitischen Vorschläge der Leopoldina zur Coronakrise können zu einem erfolgreichen Umgang mit den wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Corona-Pandemie nichts beitragen. [Analyse](#)

ISW: Corona-Bonds und das Werk des Teufels, von R.C.Pauli

Trittbrettfahrer der Krise: Angriff der Hedgefonds - Deutsche Regierung blockiert eine Regelung?
[Monitor-Sendung](#) vom 2.4.2020

Nein zum 12-Stunden-Tag und zur 60-Stunden-Woche - [Petition](#)

- [VKG](#) : Mehr Personal und Entlastung in der Grundversorgung sind die Antwort auf Corona
- [Labournet-Dossier](#): Arbeitszeitverordnung erfüllt die Kapital-Wünsche nach längeren Arbeits- und kürzeren Ruhezeiten

Automobillobby nutzt die Corona-Pandemie – kontraproduktiv gegen Klimaschutz - von Willy Sabautzki, [ISW](#)

#SavePeopleNotPlanes: Keine Milliardenhilfen für die Flugindustrie!
Petition von 250 Organisationen europaweit

Am Rand der Gesellschaft: Wie die Corona-Krise Armut verschärft

Monitor 2.4.2020 Während die Politik in der Corona-Krise milliardenschwere Hilfspakete für Unternehmen und Selbständige auf den Weg bringt, ist kaum Hilfe in Sicht für Millionen Menschen, die besonders wenig Geld zum Leben haben: Hartz IV-Empfänger, Obdachlose, Alleinerziehende.

Hartz IV: Statt Corona-Zuschlag schlagen Jobcenter Darlehen vor [gegen.hartz](#)

Armutsforscher Christoph Butterwege fordert: “Rettungsschirm für die Allerärmsten”

GrundRECHT auf Stadt – für alle ! Nicht das Geld darf darüber entscheiden, wieviel Ausnahmezustand man sich leisten kann. **PM** anlässlich der **Verordnung** zur Eindämmung der Ausbreitung des Coronavirus SARS-CoV-2 in der Freien und Hansestadt Hamburg vom 2. April 2020

Arbeitsunrecht: Corona-News KW17: Infizierte Pfleger*innen und Erntehelfer, Staatshilfen für Unternehmen statt Lohnabhängige

Neue Corona-Hilfen: Paritätischer Verband bewertet aktuelles Rettungspaket als armutspolitisch enttäuschend - Pressemeldung vom 23.04.2020 - Der Paritätische fordert ein armutspolitisches Notprogramm, konkret die sofortige Erhöhung der Regelsätze in der Grundsicherung um 100 Euro pro Monat und Haushaltsmitglied, um insbesondere angesichts der Preisexplosion für Lebensmittel eine ausgewogene Ernährung sicherzustellen. Zusätzlich sei eine Einmalzahlung von 200 Euro notwendig für coronakrisenbedingte Mehraufwendungen. - s. auch **Die Ärmsten vergessen – JW**

Sofortprogramm der Partei DIE LINKE

- **Petition**#LeaveNoOneBehind: Jetzt die Corona-Katastrophe verhindern - auch an den Außengrenzen! - s. auch <https://seebruecke.org>

- **Flüchtlingsrat in Bayern** zeigt Innenministerium und Bezirksregierungen wegen

Flüchtlingsunterbringung an Unterbringung in Mehrbettzimmern in allen bayerischen Unterkünften und die Kantinen in ANKER-Zentren verstoßen gegen Verordnungen zur Eindämmung der Corona-Pandemie

- **Aktionstag** am 5. April zur Evakuierung der griechischen Lager (Seebrücke)

- Kriegsschiff voller Flüchtlinge: Von Lesbos nach Malakasa – und jetzt nach Straßburg! [ProAsyl](#)

53 Staaten (auch Deutschland) unterstützen den Aufruf von Guterres (s. SiG 136, Seite 6) zu einem **allgemeinen Waffenstillstand** (SiG-Redaktion: die Umsetzung fehlt...)

Ostermarsch 2020 - gemeinsamer [Aufruf](#) der Friedenskooperative und vom Friedensratschlag
Ostermärsche in Corona-Zeiten: IMI Friedenskooperative

IMI: An der Grenze der Verfassung und darüber hinaus Bundeswehr mobilisiert 15.000 Soldat*innen für Corona-Einsatz im Inland

"Friedensfragen mit Clemens Ronnefeldt" ([Video](#), ca. 55 Min.)EINSATZ DER BUNDESWEHR IM INNERN: Im Grundgesetz von 1949 wurde in Artikel der Einsatz der Bundeswehr als Verteidigungsarmee klar definiert. Ein Einsatz im Inland war nicht vorgesehen.

“Corona kann U-Bootbau nicht stoppen”? – Protest in Kiel gegen “Kranke Arbeit!” am 9.4.20 - **Labournet** - Bericht über die [Protestaktion](#)

Krisensichere Aktien - Börsenexperten raten angesichts der Coronakrise zum **Kauf von Rüstungsaktien**. **GFP** - **Berlin plant neue Rüstungskäufe**, genehmigt neue Rüstungsexporte. [GFP](#)